

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **14. und 15. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2010/2011 vom 6. Dezember 2010

von 16.15 bis 18.45 Uhr und von 20.00 bis 22.20 Uhr

Vorsitz: U. Bründler-Krismer (CVP)
Protokoll: K. Lang
Entschuldigt Nachmittagsitzung: Ch. Baumann (SP)

Traktanden

Trakt. Gesch. Geschäft Nr. Nr.

- 1.* Protokoll der 10./11. Sitzung
- 2.* 10/102 Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur anstelle des zurücktretenden H. Iseli (EDU) für den Rest der Amtsdauer 2010/2014
- 3.* 10/103, Wahl von zwei Mitgliedern in die Bürgerrechtskommission anstelle der zurücktretenden J. Romer (SP) und Ch. Ingold (EVP) für den Rest der Amtsdauer 2010/2014
4. 10/118 Wahl einer /eines Datenschutzbeauftragten für die Amtsdauer 2011/2014 und Aufhebung der Spezialkommission (diese Wahl erfolgt zu Beginn der Sitzung vom 13. Dezember 2010)
5. 10/119 Wahl eines Mitgliedes in den Stiftungsrat der Arnold Schenkel-Stiftung anstelle des zurückgetretenen J. Heusser (FDP) (diese Wahl erfolgt zu Beginn der Sitzung vom 13. Dezember 2010)
6. 10/120 Wahl eines Mitgliedes in den Stiftungsrat Winterthur – La Chaux-de-Fonds anstelle der zurücktretenden E. Lehmann (SP) für den Rest der Amtsdauer 2008/2012 (diese Wahl erfolgt zu Beginn der Sitzung vom 13. Dezember 2010)
- 7.* 10/089 Voranschlag 2011 und Festsetzung des Steuerfusses; Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2012 - 2014 (IAFP) und Nachtrag zum Voranschlag 2011 "Novemberbrief

8. 09/022 Nutzungsplanung: Änderung von Art. 8 der Bauordnung "Sonnenkollektoren in Kernzonen"; Umsetzung und Abschreibung der Motion betr. Bewilligung von Solaranlagen (DB)
9. 10/105 Jährlich wiederkehrender Kredit von CHF 45'000 für die Bereitstellung und den Betrieb eines Computerarbeitsplatzes in jedem Kindergarten, ein einmaliger Bereitstellungskredit von CHF 45'000 und einmaliger Weiterbildungskredit von CHF 200'000 (DSS)
10. 10/121 Verordnung über Alters- und Pflegeeinrichtungen, I. Nachtrag und Verordnung über die Spitexdienste, I. Nachtrag (DSO)
11. 08/088 Antrag und Bericht zum Postulat M. Zeugin und N. Gugger (EVP/EDU/GLP), R. Wirth (SP), H. Keller (SVP), P. Rütimann (FDP) und B. Dubochet (Grüne/AL) betreffend Vision "Eulach Valley" - Energie-Cluster für den Wirtschaftsstandort Winterthur (DKD)
12. 09/123 Beantwortung der Interpellation B. Konyo Schwerzmann (SP) betreffend Weiterbeschäftigung von Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern in der Stadtverwaltung Winterthur (DKD)
13. 09/124 Beantwortung der Interpellation Ch. Baumann (SP) und U. Böni (SP) betreffend Jugendherberge Winterthur (DKD)
14. 10/005 Beantwortung der Interpellation U. Brügger (FDP) betreffend Absenzenmanagement, Case Management und Betriebliche Gesundheitsförderung in der Stadt Winterthur (DKD)
15. 10/008 Begründung des Postulats W. Badertscher (SVP) betreffend Betreuungsbeitrag an Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen (DSS)
16. 09/132 Beantwortung der Interpellation St. Nyffeler (SVP), St. Schär (SVP) und M. Läderach (EVP) betreffend persönliche Garderoben- bzw. Materialkästen für Schüler in Oberstufenschulhäusern zur Entlastung und zur Verbesserung der Sicherheit in Bezug auf Diebstähle und Vandalismus in den Schulhäusern (DSS)
17. 09/019 Antrag und Bericht zum Postulat Ch. Baumann (SP), D. Berger (Grüne/AL) und B. Günthard Fitze (EVP/EDU/GLP) betreffend Abklärung einer Mantelnutzung des Neubaus Stadion Schützenwiese mit studentischem Wohnen (DSS)
18. 09/113 Beantwortung der Interpellation E. Wettstein (SP) betreffend Sporthallen in Winterthur (DSS)
19. 09/125 Beantwortung der Interpellation M. Läderach (EVP/EDU/GLP) und Ch. Baumann (SP) betreffend Räumlichkeiten für JMSW (DSS)

(* an dieser Sitzung behandelten Geschäfte)

Bürgerrechtsgeschäfte

1. B09/091 Ceravolo Salvatore, geb. 1960 und Ehefrau Ceravolo geb. Larosa Maria Montagna, geb. 1962, italienische Staatsangehörige
2. B09/102 Berisha geb. Kosumi Raza, geb. 1958, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
3. B09/116 Srithillainathan geb. Sinnakuddy Nalini, geb. 1969, srilankische Staatsangehörige

4. B09/149 Sulejmani geb. Mani Rufadije, geb. 1962, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
5. B09/164 Fazliu Florim, geb. 1982, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger
6. B09/199 Fazliji Menduri, geb. 1969, mazedonischer Staatsangehöriger
7. B10/057 Kastrati Avni, geb. 1963, kosovarischer Staatsangehöriger
8. B10/061 Misimi Rasim, geb. 1959 und Ehefrau Misimi geb. Shali Alime, geb. 1958, kosovarische Staatsangehörige
9. B10/063 Somasundaram Kandeepan, geb. 1970, mit Kindern Kandeepan Vithun, geb. 2003 und Kandeepan Viman, geb. 2005, srilankische Staatsangehörige
10. B10/064 Xhelili Refet, geb. 1984 mit Kind Rinor, geb. 2010, mazedonische Staatsangehörige
11. B10/067 Kebede Yilma, geb. 1968 und Ehefrau Beyene geb. Beyene Woinshet, geb. 1973, mit Kindern Kebede Methuselah Yilma, geb. 2002, Kebede Deborah Yilma, geb. 2006 und Kebede Noah Yilma, geb. 2009, äthiopische Staatsangehörige
12. B10/069 Milosavljevic Sladjana, geb. 1977, mit Kindern Krajnjanac Vesna, geb. 1994, Krajnjanac Jovica, geb. 1996 und Milosavljevic Dominik Dyar, geb. 2009, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
13. B10/070 Osmani Arsim, geb. 1979, mit Kindern Denis, geb. 2001 und Ardian, geb. 2005, mazedonische Staatsangehörige
14. B10/072 Ghebre Netzehti, geb. 1969, eritreische Staatsangehörige
15. B10/073 Grabka Johanna, geb. 1981, deutsche Staatsangehörige
16. B10/074 Petkovic Aleksandar, geb. 1974, bosnisch-herzegowinischer Staatsangehöriger
17. B10/075 Polat Ismail, geb. 1969 und Ehefrau Polat geb. Polat Sengül, geb. 1976, mit Kindern Cem, geb. 2005 und Cemre, geb. 2008, türkische Staatsangehörige
18. B10/076 Sanchez José Luis, geb. 1958 und Ehefrau Sanchez geb. Copo Maria del Carmen, geb. 1959, spanische Staatsangehörige
19. B10/077 Zahid Rehmat Ullah, geb. 1966 und Ehefrau Zahid geb. Anwar Shabana, geb. 1971, mit Kind Sakhi Ullah, geb. 2002, pakistanische Staatsangehörige
20. B10/079 Al-Ameri Wamidh, geb. 1977, irakischer Staatsangehöriger
21. B10/080 Demyashkin Dmitry, geb. 1982, russischer Staatsangehöriger
22. B10/081 Fazliji geb. Mehmedi Merita, geb. 1982 und Ehemann Fazliji Emrli, geb. 1980, mit Kindern Hisa, geb. 2006 und Erisa, geb. 2009, mazedonische Staatsangehörige
23. B10/082 Jasiqi Gëzim, geb. 1980, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger und Ehefrau Jasiqi geb. Pangjaj Belkize, geb. 1985, mit Kind Betim, geb. 2007, kosovarische Staatsangehörige

24. B10/083 Marijanovic Adrijana, geb. 1981, kroatische Staatsangehörige
25. B10/084 Nardi Nino Vito Nicola, geb. 1959, italienischer Staatsangehöriger
26. B10/086 Pavlovic Goran, geb. 1965 und Ehefrau Pavlovic geb. Redzepagic Nermina, geb. 1963, mit Kind Nela, geb. 2000, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige
27. B10/087 Sevil Murat, geb. 1974, mit Kind Ayse Naz, geb. 2009, türkische Staatsangehörige
28. B10/088 Simic geb. Arsic Biserka, geb. 1974 und Ehemann Simic Zoran, geb. 1965, mit Kindern Jovan, geb. 1997 und Jovana, geb. 2002, serbische Staatsangehörige
29. B10/089 Yorulmaz Ahmet, geb. 1970, türkischer Staatsangehöriger
30. B10/090 Lehmann geb. Bartels Christian, geb. 1972, deutscher Staatsangehöriger
31. B10/091 Cabdulle Cabdi Axmed, geb. 1954 und Ehefrau Cabdulle Faaduma, geb. 1966, mit Kindern Suad, geb. 2001 und Omar, geb. 2006, somalische Staatsangehörige
32. B10/092 Gelle Hamdi, geb. 1986, somalische Staatsangehörige
33. B10/093 Radic Vojin, geb. 1954, bosnisch-herzegowinischer Staatsangehöriger und Ehefrau Radic geb. Bijelic Mirjana, geb. 1967, kroatische Staatsangehörige
34. B10/099 Sejdiji geb. Beljulovic Safete, geb. 1969, mit Kindern Mimoza, geb. 2000 und Fatlind, geb. 2002, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
35. B10/108 Trolli geb. Fangu Zyrafete, geb. 1974, kosovarische Staatsangehörige
36. B10/109 Haliti Shemsedin, geb. 1975, kosovarischer Staatsangehöriger
37. B10/110 Abdullahi Muhamed, geb. 1953 und Ehefrau Abdullahi geb. Quka Salihe, geb. 1955, kosovarische Staatsangehörige, mit Kindern Mevlude, geb. 1991 und Liridon, geb. 1995, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
38. B10/111 Ahmeti geb. Hykasmoni Valentina, geb. 1982 und Ehemann Ahmeti Skender, geb. 1980, mit Kindern Atdhe, geb. 2006 und Arianit, geb. 2008, kosovarische Staatsangehörige
39. B10/113 Alexandar Ruban, geb. 1979, mit Kind Florian, geb. 2010, srilankische Staatsangehörige
40. B10/116 Akef Shahin, geb. 1995, iranischer Staatsangehöriger
41. B10/118 Bajrami Senad, geb. 1995, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger
42. B10/132 Wolf Kay Jan, geb. 1996, deutscher Staatsangehöriger
43. B10/141 Kadir Dler, geb. 1968, irakischer Staatsangehöriger
44. B10/155 Saanishvili Ana, geb. 1997, georgische Staatsangehörige

Ratspräsidentin U. Bründler begrüsst zur 14. und 15. Sitzung des Amtsjahres 2010/2011. Sie bedankt sich herzlich für den schönen, feuerpolizeilich erlaubten, weihnachtlichen Schmuck.

Die Amtszeit der Kollegin J. Romer (SP) war bereits Ende November zu Ende. Sie ist aber heute nochmals im Ratssaal. Der Grosse Gemeinderat dankt J. Romer für ihre Tätigkeit zum Wohle der Stadt im Winterthurer Gemeindeparlament. Sie ist am 19. Mai 2008 in den Gemeinderat gekommen und ist Ende November 2010 ausgeschieden. In dieser Zeit war sie Mitglied der Bürgerrechtskommission. Ratspräsidentin U. Bründler wünscht ihr viel Freude in der neuen Tätigkeit ebenfalls zugunsten der Stadt. Das Bild, das sich J. Romer ausgesucht hat, wird ihr zugestellt.

Der Rat verabschiedet J. Romer mit einem Applaus.

Ratspräsidentin U. Bründler: Silvana Näf wird den Platz von J. Romer einnehmen. Da sie kurzfristig nachgerutscht ist und ihre Termine von heute nicht verschieben konnte, wird sie später eintreffen.

Dem Landboten wurde die Erlaubnis erteilt, während der Ratssitzung zu fotografieren. Die Ratspräsidentin gratuliert B. Konyo (SP) zum Geburtstag.

Fraktionserklärungen

Zeughauswiesenareal

B. Günthard Fitze (EVP/EDU): Die Legislaturziele zur Wohnbauförderung erweisen sich je länger je mehr als Papiertiger. Die jüngste Geschichte zur Überbauung des Zeughauswiesenareals ist ein weiteres Beispiel dafür. Die EVP/EDU-Fraktion ist entrüstet über das Auswahlverfahren des Wettbewerbes, über die geplanten Wohnbauten im oberen Preissegment und über den hochgetriebenen Bodenpreis. Es ist nicht die Aufgabe der Stadt, der armasuisse möglichst viel Geld abzunehmen. Will die Stadt das Geld nach Zürich schicken und damit den Finanzausgleich schmälern? Die Stadträtin des Departements Bau sagte in einem Interview im Landboten, dass sie erfreut sei über die hohen Landpreise. Die EVP/EDU-Fraktion befürchtet, dass mit diesem Anreiz ein falsches Signal für die Zukunft gesetzt wird. Höhere Landpreise bedeuten höhere Mieten. Gerade für Familien, Senioren und Normalverdienende fehlen Wohnungen. Das bisschen Land, das der Stadt gehört, stellt sie der oberen Bevölkerungsschicht zur Verfügung, was nicht im Sinne einer SP Regierung sein sollte. Die schöne Umgebung mit dem Bach sei ideal für Hochpreiswohnungen. Wo bleibt der soziale Gedanke der Stadtregierung? Welche Menschen sind wie viel Wert in Bezug auf das Wohnen. Ob sich diese superreichen Organisationen in Vereinen engagieren werden, ist sehr fraglich. Eine Durchmischung ist wichtig für eine gute Lebensqualität in Winterthur. Das alte Zitat: „Geld regiert die Welt“ ist leider einmal mehr wahr. All die Versprechen vor den Stadtratswahlen scheinen vergessen zu sein. Es ist unglaublich, was hier passiert. Die heutige Medienmitteilung des Stadtrates soll beschwichtigen und besänftigen. Ob er die genannten Ziele nicht in Folge eines sogenannt guten Angebotes wieder umgeht, wird sich zeigen. Die EVP/EDU-Fraktion wird die Entwicklung der Genossenschaften für Wohnbauförderung genau weiterverfolgen.

Stadträtin P. Pedergnana: Zum Investorenwettbewerb kann vorausgeschickt werden, dass das Areal, das zur Verfügung steht, zu zwei Dritteln der armasuisse und zu einem Drittel der Stadt Winterthur gehört. Die Stadt konnte der armasuisse den Investorenwettbewerb schmackhaft machen. Indem sie ihren eigenen Anteil des Landes zum Wettbewerbsareal hinzufügte, konnte sie eine gute Ausgangslage schaffen, um mitbestimmen zu können. Das Areal soll für gehobenes attraktives Wohnen genutzt werden. Das Grundstück ist zentrumsnah, gut erschlossen durch den öffentlichen Verkehr und liegt nahe bei einem Erholungsraum. Geplant sind sowohl Miet- wie auch Eigentumswohnungen. Der Investorenwettbewerb ist vor allem von Seiten der Architektinnen und Architekten umstritten, aber auch von Seiten

der Wohnbaugenossenschaften. Von Seiten der Architektinnen und Architekten wurde moniert, dass die Architektur im Investorenwettbewerb keine Rolle spiele. Richtig ist, dass ein zweistufiger Wettbewerb durchgeführt wird. In der ersten Stufe konnten sich Investoren mit einem Architektenteam bewerben und einen Preis offerieren. Fünf Investoren haben den gleichen Preis angeboten. Das heisst der Preis ist realistisch. Man hat von diesen fünf Architekten einen nicht in die zweite Stufe mitgenommen, sondern den sechsten Mitbewerber. Das liegt in der Kompetenz des Stadtrates. Der sechste Bewerber hat durch das Architektenteam überzeugt. Bereits in der ersten Stufe hat nicht nur der Preis eine Rolle gespielt, sondern auch das Architektenteam. Der Preis steht jetzt für alle Teams fest. Der Stadtrat hofft, dass mit diesem Vorgehen das Siegerprojekt vom Investor in Bezug auf die Rendite nicht mehr optimiert werden muss. In der zweiten Stufe geht es ausschliesslich um die Architektur und um die Nutzung des Areals. Kritisiert worden ist das Projekt auch von den Wohnbaugenossenschaften. Der Stadtrat hat letzte Woche an einer Sitzung den Wohnbaugenossenschaften erklärt, dass der gemeinnützige Wohnungsbau sehr wichtig ist. Dass das aber nicht heisst, dass jedes Stück Land zur Verfügung gestellt werden kann. Der Stadtrat kann zwei grössere Liegenschaften den Wohnbaugenossenschaften zur Verfügung stellen. Das eine ist das Maienried mit 14'000 Quadratmetern, das andere ist der rückwärtige Teil des Deutwegareals. Die Stadt Winterthur entwickelt sich. Sie ist auf dem Weg für alle Bevölkerungsgruppen Wohnraum zu schaffen. Es kann nicht überall preisgünstiger Wohnraum gefördert werden. Die Stadt ist auch daran interessiert, dass finanzkräftige Leuten nach Winterthur ziehen. Für diejenigen, die bereits in Winterthur wohnen und auf preisgünstigen Wohnraum angewiesen sind, will der Stadtrat das Angebot erhalten.

Stadträtin V. Gick: Diese Legislatur ist noch kein halbes Jahr alt. Man sollte dem Stadtrat die Gelegenheit geben, zu zeigen, was er noch alles in Petto hat. Die Stadträtin erinnert daran, dass der Stadtrat im Tägelmoos ein sehr grosses Areal für den genossenschaftlichen Wohnungsbau zu einem moderaten Preis eingesetzt hat. Die beiden weiteren Areale Maienried und der rückwärtige Teil des Deutwegareals hat Stadträtin P. Pedernana bereits erwähnt. Zudem ist im Vogelsang von der gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaft ein Projekt geplant, damit besteht die Chance, dass weitere Wohnungen entstehen.

Fokus

B. Meier (GLP/PP): Das Stimmvolk hat 28. November 2010 deutlich Ja gesagt zur Zentralisierung eines wesentlichen Teils der Stadtverwaltung auf dem Sulzerareal. Die GLP/PP-Fraktion freut sich über dieses Ergebnis. Nachdem sich die erste Euphorie über den Erfolg dieser Zwischenetappe etwas gelegt hat, ist es der Fraktion ein Anliegen, nach den wohlklingenden Abstimmungslogans wieder die Pendenzen im Alltag aufzugreifen. Die Fraktion sieht drei grosse Herausforderungen: 1. Weitere Effizienzgewinne sind bei der konkreten Umsetzung konsequent zu suchen und es muss sichergestellt werden, dass diese realisiert werden. 2. Ökologisch präsentiert sich der Superblock nicht als der erwünschte Leuchtturm, der einer Energiestadt Gold und einer Stadt auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft gut anstehen würde. Die GLP/PP-Fraktion fordert, dass alles im Rahmen des Möglichen unternommen wird, um ökologische Nachbesserungen vorzunehmen. 3. ist darauf hinzuweisen, dass für eine ökologische Gesamtbetrachtung entscheidend ist, was mit den freiwerdenden Liegenschaften passiert. Es ist zu kurz gegriffen, wenn der Stadtrat einfach erklärt, dass der Superblock zu einer ökologischen Verbesserung führt, weil die 27 Standorte, die verlassen werden, energetisch viel schlechter dastehen. Der Superblock würde in der einen oder anderen Form auch ohne die Stadt realisiert. Das heisst, allein der neue Büroraum mit tiefem Energieverbrauch ist noch kein positiver Beitrag an eine bessere Umwelt. Unter dem Strich ist es massgebend, wie die freiwerdenden Liegenschaften genutzt und energetisch verbessert werden. Es stimmt die Fraktion nicht sehr zuversichtlich, dass der städtische Gebäudestandard bei den Liegenschaften im Finanzvermögen bis anhin kaum verbessert wurde. Die GLP/PP-Fraktion wird ihrem Wahlauftrag weiterhin festhalten.

Stadtpräsident E. Wohlwend: Der Stadtrat wird im Rahmen der Möglichkeiten darauf bedacht sein, ökologische Verbesserungen am Superblock anzubringen. Die Detailplanung steht noch bevor. Es gibt daher noch einen gewissen Handlungsspielraum. Bezüglich der Liegenschaften, die im Besitz der Stadt Winterthur sind, wird der Stadtrat ökologische Verbesserungen genau prüfen. In einer Medienorientierung hat der Stadtrat aufgezeigt, wie er vorgehen will. Bei jeder Liegenschaft wird er genau hinschauen und prüfen, was machbar ist. Nachhaltigkeit hat drei Dimensionen. Sie muss letztlich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch verträglich sein. Da kann es sein, dass man einen ganz schmalen Pfad beschreiten muss. Der Stadt ist bestrebt die 2000-Watt-Gesellschaft zu erreichen. Dazu will die Stadt als verantwortungsbewusste Grundbesitzerin einen Beitrag leisten. Eine Einschränkung muss der Stadtpräsident machen. Er muss darauf achten, dass die Mieten bezahlbar bleiben. Der Stadtrat wird die Details der Liegenschaften genau prüfen und das Beste herausholen.

Sicherheit beim Hauptbahnhof

R. Harlacher (CVP): Die CVP-Fraktion hat das Thema Erhöhung der Sicherheit in Winterthur als einen Schwerpunkt für die nächste Legislatur 2010/2014 gesetzt. Deshalb ist das Augenmerk der Fraktion auf die sich in den letzten Tagen und Wochen häufenden medialen Berichte betreffend Sicherheit und Sauberkeit – insbesondere am Hauptbahnhof Winterthur – gerichtet. Auch F. Landolt hat an einer der letzten Sitzungen des Gemeinderates auf einen gewalttätigen Zwischenfall am Hauptbahnhof hingewiesen. Die CVP-Fraktion und mit ihr grosse Teile der Bevölkerung sind besorgt über die Entwicklung auf dem Bahnhofplatz und auf anderen öffentlichen Plätzen. Verschiedene Meldungen über Gewaltakte und Müll am Hauptbahnhof zeigen eine Entwicklung, die so nicht toleriert werden kann. Diese Meldungen scheinen die sicherste Grossstadt der Schweiz ins Wanken zu bringen. Die CVP-Fraktion fordert den Stadtrat auf, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen und den Hauptbahnhof als Eingangstor von Winterthur attraktiv und sicher zu gestalten.

Stadtrat M. Künzle: Die Vorfälle, die in den Medien geschildert werden, sind auch für den Stadtrat besorgniserregend. Statistisch ist Winterthur die sicherste Grossstadt in der Schweiz. Das nützt aber im Einzelfall nichts und ist kein Trost für die Opfer. Richtig ist, dass sich beim Bahnhof zu nächtlicher Stunde immer mehr Leute aufhalten, und dass immer mehr Gäste nach Winterthur kommen. Mehr Leute im gleich grossen Raum bedeutet mehr Konflikte. Wenn noch Alkohol ins Spiel kommt, kann es Explosionen geben. Die Entwicklung, dass Einzelfälle immer gewalttätiger werden, ist nicht nur in Winterthur zu beobachten, sondern in der ganzen Schweiz. Die Stadtpolizei Winterthur ist beim Bahnhof präsent. Sie passt sich regelmässig der Situation in der Stadt an. Stadtrat M. Künzle hat bereits die notwendigen Aufträge im Zusammenhang mit der Sicherheit am Bahnhof erteilt. Man wird sicherlich in naher Zukunft noch davon hören. Ärgerlich ist, dass die Stadtpolizei in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei und der SBB für die Sicherheit am Bahnhof sorgen muss und eine andere Abteilung der SBB Ladenfläche an einen Bierverkäufer vermietet, sodass die Jugendlichen im Epizentrum Alkohol kaufen können. Seit der Eröffnung vor einigen Wochen hat der Stadtrat bereits entsprechende Rückmeldungen aus der Bevölkerung erhalten. Die Situation beim Bahnhof ist dem Stadtrat bewusst und er unternimmt etwas.

Ratspräsidentin U. Bründler begrüsst die neue Gemeinderätin Silvana Näf, die soeben im Rat eingetroffen ist und wünscht ihr alles Gute und viel Freude bei ihrer Arbeit im Parlament.

Abstimmung zum Statistikprojekt

Ch. Kern (SVP): Die SVP-Fraktion nimmt mit Genugtuung das Nein der Winterthurer Wählerinnen und Wähler zum Statistikprojekt zu Kenntnis. Dass der Stadtpräsident die Freude über diesen Entscheid nicht teilt, ist nachvollziehbar. Dass er aber die Komplexität der Vorlage als Begründung zum Nein nimmt, ist unangebracht. Die SVP ist es gewohnt, dass ihr von linker Seite ein spärlicher Intellekt unterstellt wird. Ch. Kern betont, dass die SVP nicht

nur von der Piratenpartei, den Schweizer Demokraten, der Alternativen Liste und der EDU unterstützt wurde, sondern auch von den Winterthurer Arbeitgebern, vom KMU-Verband und von der Handelskammer. Die Frage stellt sich, ob all diesen Parteien und Verbänden die Vorlage zum Statistikprojekt auch zu komplex war. Die SVP-Fraktion wünscht sich vom Stadtpräsidenten etwas mehr Vertrauen in die Urteilsfähigkeit der Winterthurerinnen und Winterthurer, auch wenn eine städtische Vorlage abgelehnt wird.

Stadtpräsident E. Wohlwend wird das versuchen.

D. Berger (Grüne/AL): Das Thema wurde bereits von der EVP/EDU-Fraktion aufgegriffen. Er will sich aber im Namen der Grüne/AL-Fraktion ebenfalls zum Zeughauswiesenareal äussern. Das meiste wurde bereits gesagt. Die Fraktion stört sich ebenfalls am Ergebnis des Investorenwettbewerbs – vor allem am sehr hohen Quadratmeterpreis. Damit ist auch klar, dass an diesem Ort keine gesunde Durchmischung möglich ist und ausschliesslich Wohnungen im Hochpreissegment gebaut werden. Eine Frage aus der Interpellation, die Grüne/AL, SP und EVP/EDU betreffend Zeughaus und Durchmischung als Wettbewerbsvorlage eingereicht worden ist, wurde bereits beantwortet. Dort wird folgende Frage gestellt: „Wie stellt die Stadt sicher, dass auch der genossenschaftliche Wohnungsbau hier eine Chance zum Erwerb hat“. Die Antwort lautet: „Gar nicht“. Die Grüne/AL-Fraktion wünscht sich, dass der Stadtrat mit den Wohnbaugenossenschaften zusammensitzt und passende Lösungen findet. Es kann nicht die Aufgabe der Stadt sein, sich an Bodenspekulationen zu beteiligen und damit die Preise in die Höhe zu treiben. Vor allem wenn der Mehrertrag nach Zürich fliesst. Die Grüne/AL-Fraktion hat die Stellungnahme der Stadträtin gehört und wird darauf achten, dass mehr Wohnungen im tiefen Segment gebaut werden.

Persönliche Erklärung

M. Wäckerlin (PP): Diese Woche hat sich einiges ereignet. Das Stimmvolk ist der Empfehlung des Vorstandes der Piratenpartei gefolgt und hat Fokus angenommen, das Statistikprojekt aber abgelehnt. In Bezug auf das Statistikprojekt konnte man geteilter Meinung sein, je nach dem wie hoch man den Datenschutz gewichtet. Die Piratenpartei freut sich, dass dem Datenschutz mehr Bedeutung beigemessen wurde. Es hat sich offenbar gelohnt das Referendum aktiv zu unterstützen. Die Piratenpartei wird das als Auftrag für ihre zukünftige Politik entgegennehmen und rechnet auch mit einer entsprechenden Unterstützung, wenn es darum geht, die Anzahl der Überwachungskameras einzudämmen.

Von der Lokalpolitik zu einem nationalen Ereignis. Am Freitag haben sich die Ereignisse plötzlich überschlagen. Nachdem die Adresse von Wikileaks vom Server abgestellt worden ist, kurz nachdem amazon.com die Dokumente entfernt hat, hat Wikileaks getwittert, dass die Homepage von Wikileaks ab sofort unter der Adresse wikileaks.ch erreichbar sei. Diese Adresse wird seit einem halben Jahr von der Piratenpartei Schweiz betrieben. Bisher war das nicht relevant, hat aber an Wichtigkeit gewonnen. Eine freie Presse ist sehr wichtig für die Demokratie. Geheimhaltung ist ein Feind der Demokratie. Nur ein aufgeklärtes Volk ist in der Lage richtige Entscheidungen zu fällen. Sogar dann, wenn Geheimnisse gewahrt werden müssen, ist es wichtig, dass diese kurze Zeit nach einer Krisensituation veröffentlicht werden. Der Bürger und seine Daten müssen geschützt werden. Der Staat muss vollkommen transparent funktionieren. Es ehrt die Schweiz, dass Wikileaks auf unsere Demokratie vertraut und die Schweiz als sicheren Hafen für die Pressefreiheit ausgesucht hat. Sie hätte genauso gut wikileaks.de oder wikileaks.at als neue Adresse wählen können. Jetzt ist es wichtig, dass die Schweiz richtig reagiert und Wikileaks und seine Tätigkeit schützt. Es geht um hohe Werte, die verteidigt werden müssen.

U. Brügger (FDP) hat bekanntlich seinen Rücktritt aus dem Gemeinderat per Ende Monat bekannt gegeben. Ab Januar 2011 wird die Fraktion ad interim bis im April 2011 von der Vizepräsidentin B. Günthard-Maier geleitet. Danach wird die Fraktion eine neue Leitung auswählen und eine definitive Lösung finden.

Ratspräsidentin U. Bründler: Die Traktandenliste wurde fristgerecht versandt. Von der Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) wird eine Änderung verlangt.

Ch. Denzler (FDP): Bis gestern Abend standen noch keine Unterlagen zum Geschäft 2010/122 Verordnung über Alters- und Pflegeeinrichtungen zur Verfügung. Deshalb konnte sich der Referent nicht entsprechend vorbereiten. Die SSK bittet den Rat, das Traktandum 10 auf den 13. Dezember 2010 zu verlegen, damit sich der Referent zusätzliche Informationen beschaffen kann. Im Anschluss an die 1. Sitzung werden sich die SSK Mitglieder treffen, damit die Rückmeldungen aus den Fraktionen einfließen können.

Ratspräsidentin U. Bründler stellt fest, dass keine Einwände gemacht werden. Damit hat der Rat die Traktandenliste mit der genannten Änderung angenommen.

1. Traktandum

Protokoll der 10./11. Sitzung

Ratspräsidentin U. Bründler: Die Protokolle sind in der Stadtkanzlei zur Einsicht aufgelegt und im Internet veröffentlicht worden. Einsprachen sind keine eingegangen. Die Ratspräsidentin stellt den Antrag die Protokolle abzunehmen. Es gibt keine Einwendungen. Damit sind die Protokolle abgenommen.

2. Traktandum

GGR-Nr. 2010/102: Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur anstelle des zurücktretenden H. Iseli (EDU) für den Rest der Amtsdauer 2010/2014

Y. Beutler (SP): Die IFK schlägt einstimmig Ch. Ingold (EVP) vor.

Ratspräsidentin U. Bründler stellt fest, dass keine weiteren Vorschläge gemacht werden. Damit hat der Rat Ch. Ingold in die BSKK gewählt. Die Ratspräsidentin wünscht ihm Befriedigung in der Kommissionstätigkeit.

3. Traktandum

GGR-Nr. 2010/103 und 2010/113: Wahl von zwei Mitgliedern in die Bürgerrechtskommission anstelle der zurücktretenden J. Romer (SP) und Ch. Ingold (EVP) für den Rest der Amtsdauer 2010/2014

Y. Beutler (SP): Die IFK schlägt H. Iseli (EDU) und S. Näf (SP) vor.

Ratspräsidentin U. Bründler stellt fest, dass keine weiteren Vorschläge gemacht werden. Damit hat der Rat H. Iseli und S. Näf gewählt. Die Ratspräsidentin wünscht ihnen Befriedigung in der Kommissionstätigkeit.

Ratspräsidentin U. Bründler: Die Traktanden 4, 5 und 6 werden auf die nächste Sitzung am Montag 13. Dezember verschoben.

7. Traktandum

GGR-Nr. 2010/089: Voranschlag 2011 und Festsetzung des Steuerfusses; Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2012 - 2014 (IAFP) und Nachtrag zum Voranschlag 2011 "Novemberbrief"

Ratspräsidentin U. Bründler schlägt folgendes Vorgehen vor. Zu Beginn wird eine Eintretensdebatte geführt – inklusive Novemberbrief. In der Detailberatung wird jedes Departement durchberaten. Die Ratspräsidentin bittet die Ratsmitglieder zuhänden des Protokolls zu betonen, ob es sich um einen Kommissions- oder um einen Fraktionsantrag handelt. Dies ist aus den vorliegenden Unterlagen nicht immer ersichtlich. Die gestellten Anträge werden einander gegenübergestellt. Derjenige, der obsiegt, wird dem stadträtlichen Antrag gemäss Voranschlag gegenübergestellt. Wenn alle Anträge behandelt worden sind, wird die Ratspräsidentin über die Anträge des Stadtrates abstimmen lassen. Zu Antrag 6 - Lohnmassnahmen – wird der Stadtpräsident im Rahmen der Eintretensdebatte einen Antrag stellen. Es werden keine Einwendungen gemacht. Damit ist das Vorgehen genehmigt.

S. Stierli (SP): Die Aufsichtskommission beantragt mit 10 zu 0 Stimmen auf den Voranschlag 2011 einzutreten. Die Kommissionen haben das Budget nach den Vorgaben des Kantons überprüft. Das Parlament ist vor allem verpflichtet eine finanzpolitische Prüfung vorzunehmen. Die Kommissionen haben zu beurteilen, ob die Planung für das kommende Haushaltsjahr finanzrechtlich zulässig und finanziell angemessen ist. Finanzrechtlich zulässig ist das Budget, wenn die Regeln des Haushaltsrechts und die Rechtsgrundlagen der Stadt eingehalten sind und wenn für die Ausgabe selber eine Rechtsgrundlage besteht. Mit dem Begriff der finanziellen Angemessenheit werden das Haushaltsgleichgewicht, die Sparsamkeit und die Wirtschaftlichkeit geprüft. Mit dem Haushaltsgleichgewicht wird die finanzielle Tragbarkeit geprüft. Wie wirken sich die geplanten Ausgaben auf den Finanzhaushalt und den Finanzplan aus? Sind die Ausgaben im Budget durch Einnahmen gedeckt? Sparsam ist das Budget, wenn die vorgesehenen Ausgaben notwendig sind und zum richtigen Zeitpunkt stattfinden. Wenn die Ausgaben geeignet sind die gestellten Aufgaben zu erfüllen und dabei ein angemessenes Kosten/Nutzenverhältnis besteht, dann ist das Budget auch wirtschaftlich. Zur Frage der finanziellen Angemessenheit: Liegen die Ausgaben und Investitionen im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Stadt, sind die Ausgaben und Investitionen notwendig, sind sie dringlich, zweckmässig und wirtschaftlich? Soweit die Vorgaben des Kantons. Der Kanton sagt, dass die Gemeinden in dieser Weise das Budget in den beratenden Kommissionen prüfen müssen.

Die Sachkommissionen haben sich in den letzten Wochen intensiv mit dem Voranschlag auseinandergesetzt und in ihrem Zuständigkeitsbereich die vorgeschriebenen Prüfungen vorgenommen. Grunddaten des Budgets im Voranschlag 2011: Bereinigter Aufwand in der laufenden Rechnung 1,145521 Milliarden, Ertrag 1,142831 Milliarden. Das führt zu einem Aufwandüberschuss von 2,7 Millionen und entspricht der Vorgabe des Kantons. Die Stadt muss 10 % Eigenkapital abbauen. Deshalb muss ein Aufwandüberschuss budgetiert werden. In der Investitionsrechnung sind Ausgaben von 291 Millionen vorgesehen gegenüber Einnahmen von 35 Millionen. Das ergibt Nettoinvestitionen von 256 Millionen. Einfacher Gemeindesteuerertrag, 254 Millionen, Personalaufwand, 439 Millionen beziehungsweise 308 Millionen durch das Verwaltungs- und Betriebspersonal. Stellenplan: 3'106 Stelleneinheiten. Der Novemberbrief führt nicht zu wesentlichen Veränderungen. Er beinhaltet 2,4 Millionen Mehraufwand. Das wird aber wettgemacht durch mehr Ertrag. Es bleibt also bei den 2,7 Millionen Aufwandüberschuss. Das Investitionsprogramm nimmt leicht ab. Der Stellenplan nimmt um rund 2 Stellen zu. Der Voranschlag ist ausgeglichen. Die vorgesehenen Ausgaben sind notwendig und geeignet, die Aufgaben der Stadt zu erfüllen. Die Schwerpunkte sind richtig gesetzt und die Entwicklungen sind umsichtig berücksichtigt. Die zusätzlichen Ausgaben konnte der Stadtrat plausibel begründen. Insgesamt legt er ein gutes Budget vor. Der Voranschlag inklusive Novemberbrief entspricht den kantonalen Vorgaben. Diese besagen, dass der Voranschlag so zu erstellen ist, dass in der laufenden Rechnung der

Aufwand durch den Ertrag gedeckt ist. Der Gemeindesteuerfuss ist so anzusetzen, dass die laufende Rechnung ausgeglichen ist.

Die Sachkommissionen stellen folgende budgetwirksamen Veränderungen: Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK): Beantragt eine Erhöhung um total 136'000 Franken. Die Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) beantragt eine Aufwandminderung um 75'000 Franken. Damit wird ein Fehler bei der Budgetierung korrigiert. Ausserdem beantragt die SSK eine Erhöhung des Budget der Stadtpolizei um 750'000 Franken. Die Sachkommission Bau und Betriebe (BBK) beantragt eine Erhöhung um 50'000 Franken. Die Aufsichtskommission (AK) hat das Budget geprüft und von den Änderungsanträgen der Sachkommissionen Kenntnis genommen. Leider konnte die AK nicht alle Beschlüsse berücksichtigen, weil einzelne Sachkommissionen am letzten Montag noch Beschlüsse gefasst haben. Das widerspricht der Vorgehensweise, wie sie in der Geschäftsordnung vorgesehen ist. Wenn die Kommissionen das Budget am Montag vor der Ratssitzung beraten, kann die AK die Anträge nicht mehr prüfen. Das darf im nächsten Jahr nicht mehr passieren. Der Antrag, das Budget der SSK um 750'000 Franken zu erhöhen, wurde letzten Montag gefällt. S. Stierli ist auf die Begründung der SSK gespannt. Vor allem im Hinblick auf die Angemessenheit und Dringlichkeit, nachdem der Stadtrat diese Ausweitung nicht will. Die AK konnte keine abschliessende Gesamtschau vornehmen. Sie hat sich aber dafür ausgesprochen, dass der Voranschlag ausgeglichen festgesetzt wird. Würden die Anträge der Kommissionen gutgeheissen, ergäbe das einen Aufwandüberschuss von 3,654 Millionen. Das Budget wäre damit nicht mehr ausgeglichen und würde den kantonalen Vorgaben widersprechen. In den Kommissionen wurden zahlreiche weitere Anträge gestellt, die einzelne Globalbudget erhöhen oder reduzieren würden. Diese sind aber alle in den Kommissionen geprüft und verworfen worden. S. Stierli geht davon aus, dass das auch heute der Fall sein wird. Die Sachkommissionen sind dazu da, die Anträge gründlich zu prüfen und diese abzulehnen, wenn sie finanzrechtlich nicht zulässig und finanziell nicht angemessen sind. Der politische Entscheid ist aber wieder eine andere Sache. Heute gilt es zu beraten, ob die Budgetveränderungen vertretbar sind und die Erhöhung des Aufwandüberschusses und eine weitere Reduzierung des Eigenkapitals tragbar wären. Die AK hat befunden, dass ein Aufwandüberschuss von 2,69 Millionen angemessen ist. Den Aufwandüberschuss zu erhöhen und das Eigenkapital noch mehr abzubauen, ist einerseits nicht angemessen, andererseits muss eingeräumt werden, dass bei einem Budgetvolumen von 1,145 Milliarden eine Abweichung von 0,1 % durchaus im Streubereich der Genauigkeit des Budgets liegt. Allerdings ist aus Sicht der AK ein ausgeglichenes Budget anzustreben. Der Stadtrat sollte dem Gemeinderat aber ein Budget vorlegen, das einen gewissen Spielraum für Veränderungen ermöglicht. Dass der Stadtrat diesen Spielraum nicht gewähren will und die Lohnmassnahmen an die Voraussetzung knüpft, dass der Gemeinderat im Budget keine wesentlichen Mehrausgaben oder Mindereinnahmen beschliesst, ist heikel. Diese Äusserung zeigt, dass der Stadtrat geneigt ist, den Spielraum des Parlaments zu beschneiden.

Anträge der AK: S. Stierli nimmt Bezug auf die Weisung und den Novemberbrief. Dabei ist zu beachten, dass die Nummerierung der Anträge in der Weisung falsch ist. Sie wechselt von Antrag 3 direkt zum Antrag 5. Das muss berücksichtigt werden. Die AK stellt folgenden Anträge: Antrag 1: Die Voranschläge zu den Globalkrediten und Leistungszielen der Produktgruppen in der laufenden Rechnung sind zu genehmigen. Antrag 2: Die Voranschläge über die Aufwendungen und Erträge in den Investitionsrechnungen des Verwaltungsvermögens und des Finanzvermögens für das Jahr 2011 sind zu genehmigen. Antrag 3: Die ordentliche Gemeindesteuer wird auf 122 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt. Antrag 5: Der integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) für die Jahre 2012 bis 2014 wird zur Kenntnis genommen. Antrag 6: Hinsichtlich des Beschlusses über die Lohnmassnahmen hat die AK keinen Beschluss gefasst, weil der definitive Antrag des Stadtrates noch nicht bekannt war. Antrag 7: Die AK beantragt den Stadtrat zu ermächtigen, die pauschal in der Produktgruppe „Städtische Allgemeinkosten/Erlöse“ eingestellten Beträge für die Personalmassnahmen im definitiven Budget auf die Lohnkonti der einzelnen Produktgruppen zu verteilen. Schliesslich beantragt die AK Antrag 1 und 2 der Weisung Nachtrag zum Voranschlag 2011 „Novemberbrief“ anzunehmen. Der Antrag 3 des Novemberbriefes hat die AK ebenfalls ausgesetzt, weil der Beschluss des Stadtrates zu den Lohnmassnahmen noch

nicht bekannt war. S. Stierli geht davon aus, dass sich der Stadtpräsident im Anschluss zum konkreten Antrag äussern wird.

Ratspräsidentin U. Bründler gibt dem Stadtpräsidenten das Wort. Er wird den Gemeinderat über die Lohnmassnahmen informieren.

Stadtpräsident E. Wohlwend: Die Ratsmitglieder haben bereits 2 Anträge zur Frage wie der Stadtrat die Personalmassnahmen ausgestalten will, erhalten. Mit der Weisung vom 15. September 2010 hat der Stadtrat unter Punkt 6 respektive Punkt 5 beantragt auf eine Erhöhung der Lohnstufe (Erfahrungsanteil) und auf eine Quote für Leistungsanteile zu verzichten. Der Stadtrat hat damals noch nicht gewusst, welche Leistungen der Kanton erbringt und er hat auch nicht gewusst, wie hoch die Teuerung sein wird. Im weiteren Verlauf hat der Stadtrat im Zusammenhang mit dem Novemberbrief die Ermächtigung beantragt, dass er als Personalmassnahmen, neben dem Teuerungsausgleich, allfällige weitere Lohnmassnahme festlegen kann. In der Zwischenzeit ist bekannt, dass die Teuerung 0,2 % beträgt und weil im letzten Jahr die 0,1 % nicht rückgängig gemacht wurden, haben die Mitarbeitenden ein Anrecht auf 0,1 % Teuerung. Nachdem dem Stadtrat der Beschluss des Kantons, eine Einmalzulage auszuzahlen, bekannt war, hat er sich entschieden folgende Leistungen vorzuschlagen: Es wird keine Abweichung vom Personalstatut vorgenommen. Die im Personalstatut vorgesehen Leistungen werden ausgezahlt, das heisst die Teuerung wird ausgeglichen, der leistungsabhängige Stufenanstieg wird gewährt und für die Leistungsquote wird 1 Million eingesetzt. Das hat der Stadtrat angesichts eines ausgeglichenen Budgets beschlossen. Der Gemeinderat kann jetzt sagen, es sei eine Drohung, wenn der Stadtrat die Lohnmassnahmen in Frage stellt, wenn das Budget verändert wird. Wenn er aber erst nach der Beurteilung des Budgets erklärt hätte, dass er auf diesen Antrag zurückkommen muss, hätte der Gemeinderat vielleicht gesagt, der Stadtrat sei ein schlechter Verlierer. Man kann dazu sagen was man will, der Stadtrat muss das Budget im Griff behalten. Das hat der Kommissionsreferent bereits erklärt. Deshalb hat der Stadtrat erklärt, wenn die Abweichungen nicht sehr gross sind, können die vorgeschlagenen Lohnmassnahmen durchgeführt werden. Der Stadtrat wird gespannt die Verhandlungen verfolgen. Am Ende muss ein ausgeglichenes Budget resultieren. Der Stadtrat ist dazu verpflichtet. Wenn das Budget erhöht wird, stellt sich die Frage, wo Sparmassnahmen möglich sind oder wo die Leistung nicht mehr voll erbracht werden kann. Dieser Spielraum ist notwendig damit ein ausgeglichenes Budget verabschiedet werden kann.

Ratspräsidentin U. Bründler weist darauf hin, dass die falsche Nummerierung auf der Frontseite der Weisung heute Abend nicht korrigiert wird, damit kein Durcheinander entsteht. Für die Publikation in den Medien wird sie geändert.

R. Isler (SVP): Die SVP tritt auf den Voranschlag bzw. den Novemberbrief 2011 ein, auch wenn sich das Budget alles andere als visionär gibt. Es ist halt wiederum ein Voranschlag, der sich nahe an die finanziellen Möglichkeiten anlehnt und sich am engen Korsett der vorgeschriebenen Auflagen ausrichtet, weil sich die Stadt Winterthur noch immer auf Gedeih und Verderb den finanziellen Vorgaben des Kantons Zürich beugen muss. Dass sich die Ausgaben auch für das kommende Jahr streng nach den Einnahmen richten, hat bald schon resignierende Tradition. Nicht, dass Tradition etwas Schlechtes ist, aber nach Ansicht der SVP-Fraktion, die sich sehr intensiv mit dem Voranschlag 2011 auseinandergesetzt hat, ist es unverständlich, dass der Winterthurer Stadtrat nicht schon lange die finanzielle Unabhängigkeit anstrebt. Nach Ansicht der SVP-Fraktion wäre nämlich eine alleinbestimmende Finanzhoheit absolut möglich, nur müssten dann eben die Prioritäten völlig anders gesetzt werden. Dieses Ansinnen lässt aber der Stadtrat seit Jahren im luftleeren Raum stehen, weil ihm offensichtlich der politische Wille dazu und vor allem aber die dafür notwendige Kraft fehlen.

Geht man davon aus, dass auch die Stadt Winterthur noch immer von der sehr guten Konjunktur profitiert und das trifft gemäss dem Voranschlag zu, so stellt die SVP-Fraktion ernüchert fest, dass diese gute Zeit im Finanzhaushalt der Stadt Winterthur kaum Spuren hinterlassen hat bzw. hinterlassen konnte. Trotz nach wie vor sehr guten Steuereinnahmen

stehen gemäss Voranschlag nämlich wieder nicht wirklich dringende Ausgaben an, die Winterthur - und das ist kaum nachvollziehbar - jährlich wiederkehrende Ausgaben aufbürden. Hier sei denn doch auch der Spruch nochmals erwähnt, dass auch Kleinvieh Ende eines Jahres sehr viel Mist produzieren kann. Aber auch im kulturellen Bereich wird weiterhin mit der grossen Kelle angerührt und es fragt sich dann zu Recht, wie die Stadt Winterthur das riesige Kultur-Spektrum als sogenannte Zentrumslast gegen aussen verkaufen will. Ähnliches ist auch im Sozialwesen festzustellen. Dass sich ein Sozialdepartement in wirtschaftlich gesehen schwierigen Zeiten einem grossen Druck bezüglich ihrer personellen und finanziellen Ressourcen ausgesetzt sieht, ist absolut nachvollziehbar. Aber wenn über den gesamten Kanton die Arbeitslosenzahlen sinken und die Anzahl der Sozialhilfesuchenden rückläufig ist, stellt sich doch ehrlicherweise die berechtigte Frage, weshalb das in Winterthur und nur in Winterthur nicht der Fall ist. Vor allem bei den verschiedensten, zahllosen Projekten für Prävention, Aufklärungsarbeit, Betreuung, Begleitung etc. sind nach Ansicht der SVP-Fraktion auch für das kommende Jahr weder klare Parameter noch restriktivere Leitplanken zu erkennen.

Vieles geht über die gesetzlichen Vorgaben hinaus und so erstaunt wenig, dass weit über die Stadtgrenze hinaus bekannt ist, dass in Sachen soziale Wohlfahrt die Stadt Winterthur einen Spitzenplatz einnimmt und in Sachen "Rundumversorgung" seines Gleichen sucht. Da wäre etwas weniger halt doch oftmals etwas mehr. Bei der Bestellung neuer Stellen ist einmal mehr augenscheinlich, wo der Stadtrat seine Prioritäten setzt. An der Front, also dort, wo es eine Mehrheit der Bevölkerung sofort wahrnimmt, wird wie schon seit Jahren personell gesehen der Ball unverändert tief gehalten – beim Strasseninspektorat, beim Tief- oder Hochbau oder beim gesamten Spektrum aller Blaulichtorganisationen. Der Personalaufwand sämtlicher Fronttätigen steht im krassen Widerspruch zum Personalaufwand anderer Departemente. Auch wenn der Stadtrat bekräftigt, dass neue Stellen weitgehend ergebnisrelevant und innerhalb der Globalkredite refinanziert oder kompensiert werden müssen, so stellt die SVP fest, dass viele Mehrstellen einmal mehr durch noch höhere oder neue Gebühren quer-subventioniert werden sollen. Das darf man nicht einfach hinnehmen. Diese Gebühren betreffen nicht nur weite Teile der Bevölkerung, sondern auch das Gewerbe und die Unternehmungen. Die SVP-Fraktion spricht sich ganz klar dafür aus, dass dem städtischen Personal Sorge getragen werden muss. Weshalb aber die Prioritäten vor allem bei der Administration und nicht bei den Frontleuten gesetzt werden, ist unerklärlich.

Geht man wieder zurück zum Voranschlag bzw. Novemberbrief, so stellt die SVP-Fraktion fest, dass der bereinigte Aufwand gegenüber dem Vorjahr um 47 Millionen und die Erträge ebenfalls um 47 Millionen gestiegen sind. In absoluten Zahlen heisst das, dass die bereinigten Ausgaben von 1,145 Milliarden Erträgen von Fr. 1,142 Milliarden gegenüber stehen. Das ergibt, wie bereits eingehend erwähnt, wieder einen moderaten, gesetzlich vorgeschriebenen Aufwandüberschuss von 2,7 Millionen. Diesbezüglich attestiert die SVP dem Finanzamt und seinen Mitarbeitenden eine gute Ziellandung. Erfreulich, sofern die Prognosen denn auch stimmen, ist, dass auch für das kommende Jahr merklich mehr Steuern generiert werden können. Gemäss der laufenden Rechnung und den Aussagen der Finanzvorsteherin V. Gick, ist der Steuerertrag nach wie vor gut. Das macht teilweise Mut, weil zu vermuten ist, dass Winterthur wenigstens einnahmenseitig sich mehr oder weniger halten kann. Wenn aber die Stadt mittelfristig die finanzielle Eigenständigkeit erlangen will und das ist nach Ansicht der SVP-Fraktion absolut die Priorität Nr. 1, sind aufwandseitig endlich strukturell bedingte, tiefgreifende Massnahmen innerhalb der Stadtverwaltung von Nöten. Dass die dringend notwendige Strukturbereinigung auch mittels Fokus kaum angegangen werden, ist fast skandalträchtig und die SVP fragt sich ernsthaft, weshalb die sogenannten wirtschaftsfreundlichen Parteien während der Abstimmung über Fokus nicht mehr Druck ausgeübt haben. Nur gegen die SVP sein, ist kein nachhaltiges Programm zum Wohle der Stadt Winterthur. Attraktivität für Unternehmungen und gute Wirtschaftsbetriebe mit qualifizierten, vielseitigen Arbeitsplätzen gewinnt man definitiv nicht alleine mit einer Rundumversorgung in der sozialen Wohlfahrt. Geschweige denn, wenn man einfach blind der eigenen Stadtregierung folgt. Winterthur braucht mehr denn je dringend neue und hochqualifizierte bis sehr gute Arbeitsplätze. Was nützt denn der Umstand, dass die Stadt hervorragende Fachausbildungen und Studienplätze anbietet, wenn dann die Studierenden nach erfolgreichem Abschluss wieder die Stadt verlassen müssen, nur weil sie keine geeigneten Arbeits-

plätze bzw. Arbeitsstellen finden? So gesehen können hochqualifizierte Arbeitsplätze auch einen grossen ökologischen Beitrag leisten. Dass Winterthur auch im kommenden Jahr vom Kanton fast 120 Millionen an Steuerfuss und Steuerkraftausgleich erhalten soll, ist nicht selbstverständlich. Vorsicht ist aber angebracht, wenn die SVP-Fraktion besorgt feststellen muss, wie der Kanton Zürich weiterhin mit seinen Finanzen umgehen will.

Was die Investitionen anbelangt ist die SVP-Fraktion mit dem Gesamtstadtrat dieses Jahr sehr zufrieden. Das hat der Stadtrat weitgehend gut gemacht, auch wenn die SVP-Fraktion, gewisse Investitionen zeitlich anders gelegt und priorisiert hätte. Die SVP-Fraktion würde aber viel mehr den gesamten Aufwand des Voranschlages um 1,0 % kürzen und den daraus resultierenden Ertrag für noch weitere, dringende Investitionen einsetzen. Die SVP-Fraktion denkt da vor allem an ein dringend notwendiges, neues Polizeigebäude. Eine moderate Kürzung wäre absolut möglich und ergäbe einen Ertrag von gut 12 Millionen. Das liegt im Streubereich eines Budgets. Abschliessend hält die SVP-Fraktion nochmals fest, dass sie es sich mit dem vorliegenden Voranschlag 2011 wahrlich nicht leicht gemacht hat. Sie möchte es aber an dieser Stelle nicht unterlassen, sämtlichen städtischen Mitarbeitenden für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr, vor allem auch all jenen, die man nie in den Schlagzeilen sieht, einen aufrichtiges Dankeschön aussprechen.

M. Wenger (FDP): Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat und allen Beteiligten aus der Stadtverwaltung für das vorliegende Budget. Die Kompetenz des Kaders, verbunden mit der Bereitschaft zur Zusammenarbeit, sind starke Erfolgsfaktoren. Die FDP dankt für die Kopfarbeit und vor allem für das Herzblut, die im Gespräch mit den Stadträten und ihren Mitarbeitenden spürbar waren. Die FDP wird auf das Budget eintreten. Im Budget 2011 sind erste zarte Entwicklungen in eine Richtung zu erkennen, die von der FDP bereits in den letzten Jahren gefordert wurden. Vielleicht wird das eine Trendwende. Nachdem in den letzten 5 Jahren der Stellenbestand jährlich um 50 Stellen erhöht worden ist, sind es mit diesem Budget „nur“, 32. Oder werden es doch mehr? Der Telefonverkehr von letzter Woche lässt das vermuten. Ein gesunder Finanzhaushalt wird langfristig nur erreichbar sein, wenn das Stellenwachstum begrenzt werden kann. Jedes Jahr muss Winterthur 10 % des Eigenkapitals verbrennen. Das sind im Jahr 2011 2,7 Millionen. Nicht die Einnahmen sind primär zu tief, sondern die Kosten sind zu hoch. Auch zu hohe Gebühren führen zu hohen Kosten für Private und KMU. Das will die FDP nicht. So ist auch der Antrag zum Budget von Stadtwerk zu verstehen, den die FDP stellen wird. Lohnmassnahmen: Leistung soll sich lohnen. Die FDP-Fraktion freut sich über den Antrag des Stadtrates, gute und sehr gute Leistungen mit einer Leistungs-komponente zu belohnen und nicht via Stufenanstieg. Lohnerhöhungen können den guten Mitarbeitenden gewährt werden, ohne dass jedes Mal die Lohnsumme erhöht werden muss. Effizienzpotential ist vorhanden, wenn man das zu einem Effizienzgewinn macht, profitieren alle. Die FDP-Fraktion freut sich auf die heutige Debatte. Sie wünscht sich einen Effizienzgewinn oder anders gesagt, wenig Anträge dafür gute und nicht immer mehr Kosten.

R. Harlacher (CVP): Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Ausarbeitung des Budgets 2011. Es ist erfreulich zu sehen, dass es dem Stadtrat gelungen ist, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Auch nach dem Novemberbrief zeigt sich das Budget überraschend solide. Was in den vergangenen Jahren nicht immer der Fall war. Als bürgerliche Partei ist es der CVP aus finanzpolitischen Gründen wichtig und zentral, ein ausgeglichenes Budget verabschieden zu können. Das aktuelle Budget profitiert allerdings stark von den gestiegenen Steuereinnahmen – vor allem von den juristischen Personen. Diese positive Entwicklung wird in den nächsten Jahren kaum anhalten. Umso mehr bereiten die stark gestiegenen Kosten in diversen Bereichen Sorgen. Die Ausgaben im Fürsorgebereich sind beispielsweise um 7 % gestiegen, in der Betreuung von betagten Menschen um 13 %, an den Schulen um 2 % und die Investitionskosten um 10 %. Diese zum Teil massiven Kostensteigerungen wird die Stadt in Zukunft nicht mehr so einfach durch Steuereinnahmen kompensieren können. Die Sparanstrengungen müssen in Zukunft verstärkt werden.

Die CVP-Fraktion sieht bei der Sicherheit dringenden Handlungsbedarf. Vor allem die Kapazitäten bei der Stadtpolizei müssen massvoll aufgestockt werden. Für die CVP-Fraktion ist die Erhöhung der Sicherheit ein zentrales Thema, auch aufgrund der aktuellen Entwicklungen. Aus dem Legislaturbericht geht klar hervor, dass die Bewohnerinnen und Bewohner

von Winterthur bezüglich der Kriminalität kein gutes Gefühl haben. Eine Verbesserung ist nur durch einen Ausbau der Kapazität der Stadtpolizei möglich. Die CVP fordert deshalb zusätzliche 6 Stellen bei der Stadtpolizei, um insbesondere die Präsenz in den Brennpunkten zu gewährleisten. Mit einer Aufstockung kann die Sicherheit gewährleistet werden. Es ist ein zentrales Anliegen der CVP ein ausgeglichenes Budget zu verabschieden. Das heisst, die zusätzlichen Stellen müssen kompensiert werden. Die CVP-Fraktion wird deshalb den Antrag stellen, die geplanten Stellen für den Betrieb des Glasfasernetzes um 6 Stellen zu reduzieren. Die 6 Stellen für den Betrieb des Glasfasernetzes werden wohl frühestens 2012 beansprucht. Mit dieser Kompensation wird ein ausgeglichenes Budget erreicht. Damit wird eine massvolle Erhöhung der Stellen bei der Stadtpolizei möglich. Für die CVP-Fraktion ist eine eigenständige Finanzpolitik ein zentrales Anliegen. Es muss das oberste Bestreben der Stadt sein, in absehbarer Zeit die finanzielle Unabhängigkeit zu erreichen. R. Harlacher hofft, dass der Rat den Antrag auf Stellenerhöhung der Stadtpolizei unterstützt.

Ratspräsidentin U. Bründler: Mit dem Einverständnis der übrigen AK Mitglieder erteilt die Ratspräsidentin Y. Beutler das Wort, obwohl sie nicht mehr Mitglied der AK ist.

Y. Beutler (SP): Die Fraktionen Grüne/AL, EVP/EDU und GLP/PP haben auf das Vorrednerrecht verzichtet. Dafür bedankt sich Y. Beutler. Die Stadt wird mit einer roten Null ins neue Jahr starten. Das Budget ist somit im Rahmen der Vorgaben ausgeglichen. Das ist gut so und es soll nach dem Willen der SP auch so bleiben. Die SP hat sich im Vorfeld mit den Präsidenten von Grüne/AL, GLP/PP und EVP getroffen. Sie haben versucht gemeinsame Schwerpunkte zu definieren. Das ist tatsächlich gelungen. Am heutigen Abend werden die Schwerpunkte bei der Ökologie, der ausserfamiliären Kinderbetreuung und bei der Sicherheit gesetzt. Konkret heisst das, dass für die Ökologie mehr Mittel gesprochen werden sollen, damit Massnahmen zur Erreichung der 2000-Watt-Gesellschaft getroffen werden können. Bei der ausserfamiliären Kinderbetreuung soll der Betrag aufgestockt werden, sodass die Krippeninitiative bis ins Jahr 2012 umgesetzt werden kann, so wie das der Gemeinderat beschlossen hat. Im Bereich der Sicherheit sind Grüne/AL, EVP, GLP/PP und SP zu einem massvollen Ausbau von 3 Stellen bereit. Das Ziel, das erreicht werden soll, ist die Entlastung der Mitarbeitenden von Überstunden und die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten an der Front. Damit diese Mehrausgaben den Voranschlag nicht in ein Minus kippen lassen, werden die genannten Parteien Sparanträge einbringen. Mit einem Antrag ist eine zusätzliche Erhöhung des Ertrags verbunden, nämlich mit der Erhöhung der Abschöpfung der städtischen Werke. Weitere Anträge mit Kostenfolgen werden von den genannten Fraktionen nicht gestellt. Einzelne Anträge betreffend Indikatoren sind vorbehalten. Wenn es nach den Wünschen von GLP/PP, Grüne/AL, EVP und SP geht, wird der Voranschlag ausgeglichen sein. Y. Beutler hofft, dass mit diesem Vorgehen ein Beitrag zur Effizienzsteigerung geleistet werden kann. Die SP kann mit den vorgeschlagenen Lohnmassnahmen leben, auch wenn die Ungleichbehandlung im Vergleich zum Kanton sauer aufstösst. Die SP-Fraktion wird auf den Voranschlag eintreten.

M. Zeugin (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion dankt dem Stadtrat und den städtischen Angestellten für das Budget 2011 und wird auf den Voranschlag eintreten. Zum Budget des Stadtrates sind folgende positive Punkte festzuhalten: 1. Es ist ausgeglichen, mit dem obligaten Verlust aufgrund des Finanzausgleichs. 2. Die zunehmenden Steuererträge sind erfreulich. Wobei man in den kommenden Jahren vorsichtig damit umgehen muss. 3. Positiv ist auch die Zunahme der Investitionstätigkeiten. Das ist dringend notwendig, darauf wurde in den letzten Jahren mehrmals hingewiesen. Die Investitionen müssen dringend umgesetzt werden. Es ist löblich, dass der Stadtrat diese Pendezenz angeht. Die GLP/PP-Fraktion ist gespannt, wie lange der Atem ausreicht. Leider gibt es auch einige negative Punkte im Voranschlag des Stadtrates. 1. Die starke Zunahme des gesamten Budgets, stimmt nachdenklich. Der Anstieg beträgt im Vergleich zum Vorjahr mehrere Millionen. Das ist nicht allein mit der Erhöhung der Investitionen zu rechtfertigen. Die GLP/PP-Fraktion bittet den Stadtrat künftig, mit den Finanzen vorsichtig umzugehen. 2. Was der Fraktion aber vor allem nicht passt, ist, dass der Stadtrat verschiedentlich seinen eigenen Legislaturzielen mit dem Budget nicht nachkommt und diese nicht sinnvoll verknüpft. Jetzt rächt es sich, dass den Zielen

nicht die notwendigen Ressourcen zugeschrieben wurden und dass die Verantwortungen nicht geregelt sind. 3. Der Stadtrat verteilt mit einem Trick den obligaten Verlust auf alle Bereiche der Stadtverwaltung. Zudem ist es nicht notwendig, dass der Stadtrat mit Personalmassnahmen droht. Auch dem Parlament muss zugestanden werden, dass kleine Abweichungen möglich sind. Weil die GLP/PP-Fraktion mit den inhaltlichen Schwerpunkten nicht einverstanden war – vor allem in Bezug auf die Entwicklung der 2000-Watt-Gesellschaft – hat die Fraktion im Vorfeld das Budget genau geprüft, immer auch im Hinblick auf die Legislaturziele. Es ist ein wichtiges Anliegen, dass die 2000-Watt-Gesellschaft umgesetzt werden kann, auch indem an anderen Orten gespart wird. Das heisst die Anträge der GLP/PP-Fraktion müssen finanzierbar sein. Die Fraktion hat keine Maximalforderungen formuliert. Es geht lediglich darum, die Legislaturziele auf das Jahr 2011 herunterzubrechen. Bei den einzelnen Anträgen hat die Fraktion darauf geachtet, dass sie vor allem dort ansetzen, wo die Entwicklung in der Stadt stockt.

Es ist erfreulich, dass von verschiedenen Parteien eine gemeinsame Stossrichtung entwickelt werden konnte, die den Schwerpunkt auch bei der 2000 Watt Gesellschaft setzt und für die Zukunft wichtige Weichen stellt. Die GLP/PP-Fraktion hat verschiedene Anträge eingebracht, die diskutiert werden konnten. Die Diskussion hat dazu geführt, dass einige wichtige Anträge im Rat vermutlich eine Mehrheit erreichen werden. Die GLP/PP-Fraktion wird deshalb bewusst zum grössten Teil auf weitere Anträge verzichten. Die Anträge der Fraktion betreffen die 2000-Watt-Gesellschaft, die Entwicklung des Energieclusters Winterthur und die Erreichung eines ausgeglichenen Budgets. Was die Fraktion unabhängig von den einzelnen Anträgen freut, ist, dass in diesem Parlament inhaltlich diskutiert wurde. Das Parlament wird auch festlegen, in welche Richtung die Entwicklung gehen soll. Damit sagt das Parlament auch, was im Rahmen der wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WOV) möglich ist, und dass man sehr gut einen anderen Schwerpunkt entwickeln kann. M. Zeugin freut sich auf eine spannende Diskussion.

N. Gugger (EVP): Die EVP wird auf das Budget des Stadtrates eintreten und dankt allen Beteiligten der Stadtverwaltung für ihren Beitrag an ein ausgeglichenes Budget. Die Fraktion will einen Beitrag an diese Ausgeglichenheit leisten. Der Präsident der AK hat bereits erwähnt, dass zu FAMEX ein Antrag gestellt werden wird, ebenso zur Stellenerhöhung bei der Stadtpolizei und zum Energiecluster. Andererseits muss an verschiedenen Orten gespart werden, damit Winterthur weiterhin sicher bleibt, aber auch familienfreundlich. Daher wird die EVP versuchen einen Beitrag zu einem salomonischen Urteil zu leisten. Es steht ein Antrag im Raum, die Stadtpolizei um 6 Stellen aufzustocken und das Budget um 750'000 Franken zu erhöhen. Y. Beutler hat bereits erwähnt, dass sich verschiedene Faktionspräsidien getroffen und um eine Lösung gerungen haben. Die Vorschläge sind in der EVP zuerst nicht auf offene Ohren gestossen. Gleichwohl will die Fraktion einen Beitrag dazu leisten damit eine Budgetdebatte geführt werden kann, die einerseits nährend ist und andererseits fördernd für die Stadt. In diesem Sinn wird die EVP verschiedene Kürzungsanträge und auch andere Anträge unterstützen, die sich die Fraktionsmitglieder anders vorgestellt haben. In diesem Sinne wird die Fraktion auf das Budget eintreten. Sie akzeptiert auch die Lohnvorschläge des Stadtrates.

D. Schraft (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL dankt dem Stadtrat für das ausgeglichene Budget. Die Fraktion ist froh, dass Stufenanstieg und Leistungsquote möglich sind. Es wäre aber noch mehr möglich gewesen. Aber immerhin wird das Personal mehr erhalten als anfänglich befürchtet werden musste. Positiv ist, dass die Investitionen nicht gekürzt, sondern erhöht wurden. Die Stadt hat noch immer einen massiven Nachholbedarf, weil zwischen 2003 und 2007 zu wenig investiert worden ist. Jetzt sieht es so aus, als ob die Stadt eine Balance gefunden hätte. Für die unbedingt notwendigen Investitionen ist das Geld vorhanden. Die Investitionsfolgekosten sind gestiegen. Das ist im Moment kein so grosses Problem, weil die Zinsen tief sind. Die Stadt hat auch geschickt agiert und konnte sich Kredite mit langen Laufzeiten sichern. Aber früher oder später werden die Schuldzinsen zum Problem. Deshalb ist es wichtig, dass die heutigen Investitionen auf lange Sicht angelegt sind, das heisst mit der Nachhaltigkeit, die möglich ist. Winterthur darf aufgrund knapper Finanzen nicht aufhören sich in Bezug auf die Ökologie zu verbessern. Die ökologischen Ziele – unter

anderem weniger Verkehr, Verschiebung der Verkehrsmittel zum Langsamverkehr, verbesserte Energieeffizienz – müssen im Auge behalten werden. D. Schraft ist sehr froh um den Kompromiss, der ausgehandelt werden konnte. Es war ein zähes Ringen. Es ist zu hoffen, dass damit einige wichtige Ziele erreicht werden können. Eine allgemeine Bemerkung beziehungsweise ein formales Lob möchte D. Schraft noch anbringen. Die Genehmigung des Budgets ist eigentlich die wichtigste Aufgabe des Gemeinderates. Deshalb ist es auch sehr wichtig, dass das Budget gut lesbar ist. Noch wichtiger ist, dass die Ratsmitglieder das Budget verstehen und interpretieren können. Der Stadtrat hat in den letzten Jahren grosse Verbesserungen erreicht. Das Budget ist heute einfacher lesbar als vor einigen Jahren. Auch im Voranschlag 2011 hat der Stadtrat in dieser Hinsicht einige Verbesserungen angebracht. Dafür ist D. Schraft sehr dankbar. Das Budget wird jedes Jahr etwas verständlicher. Insgesamt ist die Grüne/AL-Fraktion mit dem Budget einverstanden und tritt auf den Voranschlag 2011 ein.

Stadträtin V. Gick dankt den Ratsmitgliedern für die positive und differenzierte Betrachtung des Voranschlags. Sie stellt fest, der Voranschlag 2011 ist vorläufig noch im Lot. Die Stadträtin kann aber eine gewisse Beunruhigung nicht verhehlen, Sie befürchtet, dass der Voranschlag noch verschlechtert werden könnte. Die grossen Anstrengungen, die notwendig waren, um dieses Gleichgewicht zu erreichen, hat die Stadträtin bereits im Vorfeld geschildert. Die Aufgaben der Stadt wachsen markant – Soziales und Fürsorge, kantonale Lehrerbeseoldung, ZVV, Betreuung von Betagten etc. Auf vielen Gebieten wachsen die Aufgaben der Stadt. Auch die Folgen der Investitionstätigkeit sind zu spüren. Sie verursachen jährlich wiederkehrende Kosten und binden Mittel von ca. 4,5 Millionen in der laufenden Rechnung. Viele Investitionen sind zwingend, sie sind gebunden. Dazu braucht die Stadt Geld. Sie muss die Finanzierung sichern können. Deshalb müssen alle Ausgaben genau geprüft werden. Der Hauptgrund, wieso der Ausgleich möglich war, sind die gestiegenen Steuereinnahmen. Der Stadtrat hat 35 Millionen mehr budgetiert, das sind mehr als 10 %. Die Personalmassnahmen hat Stadtpräsident E. Wohlwend bereits erläutert. Es ist erfreulich, dass die Erfahrungsstufe gewährt und 1 Million für die Leistungsquote ausgezahlt werden kann. Finanziert werden die Lohnmassnahmen aus den 3 Millionen, die im Voranschlag 2011 in den städtischen Allgemeinkosten eingestellt worden sind. Der Rest wird aus den Rotationsgewinnen finanziert.

Das vorliegende Budget ist zum letzten Mal nach dem geltenden Finanzausgleich – mit den 10 % Eigenkapitalabbau – erstellt worden. 2012 wird höchstwahrscheinlich der neue Finanzausgleich in Kraft sein. Der Kantonsrat hat ein Gesetz verabschiedet. Er hat den Kompromiss hart erarbeitet. Die Verhandlungen haben ca. 1 Jahr gedauert. Die reichen Gemeinden wurden etwas entlastet. Der Zentrumslastenausgleich für Winterthur wurde um 11 Millionen erhöht. Der Kantonsrat hat gesehen, dass die Zentrumslasten der Stadt Winterthur wirklich so hoch sind. Der Stadtrat hat im Kantonsrat mit Erfolg für Winterthur gekämpft. Aber das Gesetz ist bedroht von einem konstruktiven Referendum, das heisst es ist möglich, Einzelheiten aus dem neuen Gesetz herauszupicken. Jetzt wird der Zentrumslastenausgleich der beiden Städte angegriffen. Was die anderen Gemeinden an Verbesserungen erhalten haben, steht nicht mehr zur Debatte. Die Frage ist nicht, ob das neue Gesetz eingeführt werden soll. Es steht einzig zur Debatte, ob der Vorschlag des Kantonsrates angenommen wird oder die Änderungen durch das konstruktive Referendum. Der Abstimmungskampf wird nicht einfach sein, weil die rot/grünen Städte mit negativen Emotionen angegriffen werden. Es ist nicht einfach, mit Fakten gegen diese Emotionen anzukämpfen. Wenn im Kanton das Referendum angenommen würde, würde das bedeuten, dass Winterthur 21 Millionen jährlich weniger erhält. Das wäre fatal.

Stadträtin V. Gick hat bei allen Entscheiden immer diese Abstimmung im Hinterkopf. Sie will alles unternehmen, um zu verhindern, dass in der Abstimmung ein Entscheid von Winterthur negativ verwendet werden kann. Deshalb kämpft Stadträtin V. Gick auch heute Abend zusammen mit den anderen Stadtratsmitgliedern dafür, dass das Budget ausgeglichen bleibt. Sie bittet die Ratsmitglieder, das Budgetdefizit nicht zu vergrössern. In den Kommissionen hat sich eine Mehrheit für Ausgabenerhöhungen ausgesprochen. Das betrifft zum Teil die Kinderbetreuung und die 6 zusätzlichen Polizeistellen. Das ist zuviel. Das kann die Stadt nicht verkraften. Das Budget darf nicht in diesem Ausmass verschlechtert werden. Stadträtin

V. Gick hat durchaus Verständnis für verschiedene Anträge. Der Einsatz für die Umwelt ist sicher positiv. Das wird aber weiteren Aufwand generieren. Ein hohes Defizit wird Probleme verursachen. Die Reform des Finanzausgleichs macht eine neue Finanzpolitik notwendig. Bisher war man in Winterthur gewohnt, dass der Finanzausgleich mit den steigenden Aufgaben ebenfalls gestiegen ist. Vor ca. 8 Jahren belief sich der Finanzausgleich auf ca. 80 bis 90 Millionen, jetzt beträgt er 120 Millionen. So wird das nicht weitergehen. Der Zentrumslastenausgleich wird definiert sein und der Ressourcenausgleich wird sich etwa in der gleichen Höhe bewegen, wie der jetzige Steuerkraftausgleich. Er ist aber ein wenig besser planbar. Die Stadt wird künftig die Prioritäten noch härter setzen müssen, um alle Aufgaben zu erfüllen. Die Stadträtin hat Verständnis für diverse Anträge, die gestellt werden. Sie wäre glücklich, wenn das Geld vorhanden wäre das eine oder andere umzusetzen. Aber die Stadt darf keine neuen Aufwendungen generieren. Der Stadtrat hat das Budget bewusst gestaltet. Er hat alle Anträge, die jetzt gestellt werden, ebenfalls diskutiert. Er ist zum Schluss gekommen, den Voranschlag so zu gestalten wie er jetzt vorliegt. Er ist sich sowohl der sozialen Verantwortung bewusst, wie auch den ökologischen Zielen. Stadträtin V. Gick appelliert eindringlich an die Ratsmitglieder, vor der Abstimmung im Mai 2011, das Budget nicht zu verschlechtern. Das Signal wird man im Kanton hören und es gegen die Stadt Winterthur verwenden. Das kann sich die Stadt nicht leisten. Sie muss diese Abstimmung gewinnen. Die Stadträtin wünscht sich, dass alle am gleichen Strick ziehen und versuchen das Budget in diesem Ausmass zu genehmigen. Die Stadträtin fordert das Parlament auf, den Schwerpunkt bei der Sicherung der Zukunft von Winterthur zu setzen. Das wichtigste ist, dass das Parlament das Budget so belässt, wie es ist.

Detailberatung

Departement Kulturelles und Dienste

121000 Personalamt: keine Anträge

142000 Stadtentwicklung

M. Zeugin (GLP/PP) stellt im Namen der GLP/PP-Fraktion den Antrag den Beitrag zur Entwicklung des Wirtschaftskusters Energie um 100'000 Franken zu erhöhen. Das Ziel ist eine bessere Entwicklung des Cleantech Clusters.

R. Isler (SVP): Die SVP-Fraktion lehnt den Antrag auf Erhöhung von 100'000 Franken der GLP/PP-Fraktion ab. Wenn schon Grün, dann die richtigen Grünen. Grün und liberal ist so-wieso ein Widerspruch.

F. Helg (FDP), persönliche Erklärung: Unter dem Titel der Stadtentwicklung sind auch die Investitionskredite eingestellt. Als Vertreter von Töss befürwortet F. Helg den Umbau des Güterschuppens beim Bahnhof Töss für Quartierzwecke. Der Umbau ist aber nicht bewilligt. Wenn man nachfragt, ist zu erfahren, dass der Umbau erst im Jahr 2015 erfolgen soll. Das ist eine Enttäuschung für die vielen Freiwilligen, die sich in Töss für dieses Projekt engagieren. Der Stadtrat hat erklärt, dass die Arbeit von Freiwilligen anzuerkennen ist. Das Engagement der Stadt in Töss soll weitergehen. F. Helg fordert den Stadtrat auf, den Umbau des Güterschuppens mit hoher Priorität weiterzuverfolgen. Die Erwartung ist, dass 2012 wenigstens die Planung fortgesetzt werden kann.

Stadtpräsident E. Wohlwend: Der Stadtrat ist in einer verzwickten Lage. Das hat er in verschiedenen Kommissionen bereits dargelegt. Bezüglich Investitionen besteht ein Nachholbedarf. Der ergibt sich aus zwei grossen Strängen. Die Vorfahren haben zum Teil zu wenig investiert, dadurch entstand ein Nachholbedarf. Auf der anderen Seite ist die Stadt gewachsen und damit auch die Infrastrukturaufgaben. Jetzt muss der Stadtrat abwägen, was wichtiger ist. 4 Schulhäuser und 1 Alterszentrum, das saniert werden muss, sind in Planung. Der Stadtrat muss unterscheiden zwischen absolut Notwendigem und Wünschbarem. Der Güterschuppen in Töss ist wünschbar. Der Stadtrat versucht so viel wie möglich zu leisten, damit dieser Güterschuppen besser genutzt werden kann und wird 30'000 Franken aus der laufenden Rechnung investieren. Möglicherweise kann im Bahnhof eine Wohnung dazugemietet werden, um die Bedürfnisse der vielen Freiwilligen, deren Arbeit der Stadtpräsident sehr schätzt, möglichst zu befriedigen.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über den Antrag der GLP/PP-Fraktion, den Beitrag zur Entwicklung des Cleantech Clusters Energie um 100'000 Franken zu erhöhen, abstimmen.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 33 zu 25 Stimmen zu.

R. Isler (SVP) stellt fest, dass die GLP vermutlich eher sozial denkt als wirtschaftlich. Es ist schade um die Zeit, die mit Diskussionen in der AK verbracht wurde. Dieser Antrag wurde mit 8 zu 1 Stimmen in der Kommission abgelehnt. Danach wurden hintenherum Abkommen getroffen. Das ist schlicht und ergreifen daneben. Wenn das so läuft, muss man die Budgetdebatte gar nicht in die AK bringen.

Y. Beutler (SP) hat ein gewisses Verständnis für die Situation der Gegenseite. Es ist das Ziel von GLP/PP, Grüne/AL, EVP und SP die Budgetdebatte zu straffen. Das heisst es werden weniger Anträge gestellt als in den Kommissionen. Ein oder zwei Anträge, die in der Kommission noch keine Mehrheit gefunden haben, werden jetzt unterstützt. Darauf haben sich die Parteien geeinigt. Das ist so im Leben – es ist ein Geben und Nehmen. Das Budget wird am Ende des Abends ausgeglichen sein.

152000 Theater Winterthur: keine Anträge

155000 Bibliotheken: keine Anträge

157000 Subventionsverträge und Beiträge an Dritte: keine Anträge

158000 Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten: keine Anträge

170000 Rechtspflege: keine Anträge

192000 Departementssekretariat kulturelles und Dienste: keine Anträge

Ratspräsidentin U. Bründler: Damit ist das Budget des Departements Kulturelles und Dienste genehmigt.

Departement Finanzen

211000 Finanzkontrolle: keine Anträge

221000 Finanzamt: keine Anträge

222000 Informatikdienste (IDW): keine Anträge

233000 Steuerbezug: keine Anträge

240000 Immobilien

M. Zeugin (GLP/PP) stellt im Namen der GLP/PP-Fraktion den Antrag, durch die bessere Bewirtschaftung der Parkplätze der städtischen Angestellten die Liegenschaftenerträge um 100'000 Franken zu erhöhen und damit die Kosten um diesen Betrag zu reduzieren. Im ursprünglichen Antrag hat die Fraktion eine Reduktion der Kosten um 150'000 Franken gefordert. Eine Reduktion von 50'000 Franken ist aber bereits im Novemberbrief eingestellt.

Durch die Erhöhung der Parkplatzgebühren für die städtischen Mitarbeitenden beziehungsweise durch eine Kostensenkung sind Einsparungen zu erreichen.

Stadträtin V. Gick: Die Stadträtin hat diesen Antrag in der AK besprochen und erklärt, dass die Parkplätze der Angestellten nicht in der Produktegruppe Immobilien enthalten sind, respektive nur zu einem ganz kleinen Teil. Es sind lediglich 60'000 Franken oder 57 Parkplätze in dieser Produktegruppe eingestellt. Die übrigen Parkplätze sind in den Budgets der anderen Departemente enthalten. Deshalb können diese Parkplätze nicht einfach zur Produktegruppe Immobilien gerechnet werden. Stadträtin V. Gick erläutert die Verteilung der Parkplätze auf die verschiedenen Departemente anhand einer Graphik. Die Einnahmen aus der Parkplatzbewirtschaftung fliessen an verschiedene Departemente. Aus diesem Grund kann der Gemeinderat nicht beantragen, dass das Departement Finanzen die Kosten der Produktegruppe Immobilien um 100'000 Franken senkt. Stadträtin V. Gick beantragt die Ablehnung dieses Antrags.

M. Zeugin (GLP/PP): Die Aussagen von Stadträtin V. Gick sind richtig. Es gibt aber verschiedene Dienste in der Stadt, die Dienstleistungen für andere Departemente erbringen. Die GLP/PP-Fraktion ist überzeugt, dass mit WOV dieses Ziel erreicht werden kann. Es kann nicht sein, dass man bei 45 verschiedenen Produktegruppen ansetzen muss.

Stadträtin V. Gick: Es bleibt beim Faktum, dass die Parkplatzgebühren nicht zentral bei den Immobilien angesiedelt sind. Aus diesem Grund kann die GLP/PP-Fraktion nicht einfach das Budget reduzieren. Sie muss sich auf die Fakten abstützen. Dieser Antrag ist nicht richtig. Aus diesem Grund wurde er in der AK mit 10 zu 1 Stimmen abgelehnt.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über den Antrag der GLP/PP-Fraktion abstimmen, durch die Bewirtschaftung der Parkplätze die Kosten um 100'000 Franken zu senken.

Der Rat stimmt dem Antrag der GLP/PP-Fraktion mit 31 zu 25 Stimmen mit 2 Enthaltungen zu.

263000 Städtische Allgemeinkosten/Erlöse

Ratspräsidentin U. Bründler: Es liegen zwei Anträge vor. Die Ratspräsidentin schlägt vor nur den Antrag betreffend tieferen Stromverbrauch bei der öffentlichen Beleuchtung zu behandeln und den Antrag betreffend Gewinnablieferung in der Produktegruppe Stadtwerk Winterthur zu beraten.

M. Wenger (FDP): Der Antrag betreffend tieferen Stromverbrauch bei der öffentlichen Beleuchtung wird nicht gestellt.

Ratspräsidentin U. Bründler: Das Konto Städtische Allgemeinkosten/Erlöse bleibt damit noch offen.

280000 Steuern und Finanzausgleich: keine Anträge

Ratspräsidentin U. Bründler: Damit ist das Budget des Departements Finanzen – mit Ausnahme der Produktegruppe Städtische Allgemeinkosten/Erlöse – genehmigt.

Departement Bau

322000 Tiefbau

B. Meier (GLP/PP) stellt im Namen der GLP/PP-Fraktion den Antrag in der Produktegruppe Tiefbau den Globalkredit um 170'000 Franken zu senken, um im Budget Spielraum zu schaffen für andere Anliegen. Im Blick auf die Unterhaltskosten beim Strassenbau ist das Unterhaltsniveau von 2009 mit Fr. 0.95 pro Quadratmeter ausreichend – entgegen den im

Informationsteil genannten Kosten von Fr. 1.00 pro Quadratmeter. Dies entspricht einer Reduktion von 150'000 Franken, dazu gibt es Einsparmöglichkeiten von ca. 1 % beim Winterdienst. Das ergibt zusammen 170'000 Franken.

Stadträtin P. Pedernana: Man spricht manchmal von Beamtenwillkür – hier würde die Stadträtin sagen, das ist Parlamentswillkür. Es werden einfach irgendwo Einsparungen gemacht. Der Winter 2011 ist nicht generell günstiger als 2010. Die Kosten für den Winterdienst sind nicht prognostizierbar. Der Gemeinderat hat bereits ein Postulat betreffend reduzierter Salzeinsatz dem Stadtrat überwiesen. In der Antwort wird der Stadtrat das Vorgehen erläutern. Im Winterdienst wird situationsgerecht gehandelt. Es gibt keinen Grund im Budget Änderungen vorzunehmen. Das Parlament macht keine Vorgaben, wie der Winterdienst grundsätzlich geändert werden soll. Es will einfach die Kosten senken. Man müsste auch die Indikatoren ändern. Auch beim Unterhalt ist die Reduktion willkürlich. Die Stadträtin verteidigt das Budget des Stadtrates.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über den Antrag der GLP/PP-Fraktion abstimmen in der Produktegruppe Tiefbau den Globalkredit um 170'000 Franken zu senken.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 32 zu 26 Stimmen zu.

F. Helg (FDP) stellt im Namen der Sachkommission Bau und Betriebe (BBK) den Antrag die parlamentarischen Zielvorgabe Punkt 3 Kundenorientierung Messgrösse, Punkt 1) den Text „Standard halten“ durch 82 % zu ersetzen. Die BBK hat dem Antrag einstimmig zugestimmt.

Stadträtin P. Pedernana: Der Stadtrat schliesst sich dem Antrag an.

328000 Entsorgung: keine Anträge

340000 Vermessung: keine Anträge

350000 Baupolizei

B. Meier (GLP/PP) stellt im Namen der GLP/PP-Fraktion den Antrag, den Globalkredit um 180'000 Franken zu erhöhen. Zwei Ziele sind zu verfolgen: 1. Die Beratung öffentlicher und privater Bauherrschaften. 2. Bereitstellen von Grundlagen für langfristige Energieplanung.

Stadträtin P. Pedernana: Der Stadtrat ist selten in der Situation, dass er sich gegen eine Aufstockung der Stellen wehren muss, die vom Gemeinderat beantragt werden. Der Stadtrat kann die Ablehnung aber gut begründen. Es macht keinen Sinn für 1 Jahr eine Stelle zu schaffen und danach die Stellenzahl wieder zu reduzieren. Zudem kann die Energieberatung nicht bereits im ersten Jahr umgesetzt werden. Eine neue Stelle muss ausgeschrieben werden. Ein Bewerbungsverfahren benötigt Zeit. Diese Ausführungen hat die Stadträtin bereits in der Kommission gemacht. Wenn die Stadt noch mehr in die Energieberatung investieren soll, ist das Ziel an sich richtig, weil 35 % des Energieverbrauchs in der Schweiz für die Wärmeaufbereitung benötigt wird. Der Wohnungsbestand in Winterthur ist überaltert. Es muss viel mehr in die Sanierung oder in Ersatzneubauten investiert werden, als das in den letzten Jahren der Fall war. Man muss die Privaten und die Wohnbaugenossenschaften für dieses Problem sensibilisieren. Es ist aber nicht zweckmässig, deshalb noch schnell das Budget zu ändern. Das Problem muss sorgfältig angegangen werden. Stadträtin P. Pedernana hält am stadträtlichen Antrag fest.

B. Meier (GLP/PP): Es geht ausdrücklich nicht darum, Stellen zu schaffen. Es geht darum, die Mittel zur Verfügung zu stellen. Wie diese eingesetzt werden, bleibt dem Stadtrat überlassen.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über den Antrag der GLP/PP-Fraktion abstimmen, den Globalkredit der Produktegruppe Baupolizei um 180'000 Franken zu erhöhen.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 32 zu 26 Stimmen zu.

J. Altwegg (Grüne/AL): Die BBK stellt den Antrag die Parlamentarischen Zielvorgaben Punkt 3 Kundenorientierung innert drei Monaten von 86 % auf 90 % zu erhöhen. Die BBK hat dem Antrag einstimmig zugestimmt.

Stadträtin P. Pedernana: Der Stadtrat kann sich dem Antrag anschliessen und wird versuchen dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen.

360000 Städtebau

F. Landolt (SP) stellt im Namen der BBK folgenden Antrag: Die parlamentarischen Zielvorgaben 5.3 Hochbauten, Reduktion des Energieverbrauchs bei sanierten Heizungsanlagen in % wird ersetzt durch die Anzahl der Gebäude, die eine Energiebuchhaltung führen. Das heisst, dass die Gebäude analysiert und Zielvorgaben gemacht werden. Es reicht nicht aus einfach den Energieverbrauch zu messen. Die BBK hat dem Antrag einstimmig zugestimmt.

Stadträtin P. Pedernana: Der Stadtrat schliesst sich dem Antrag an.

Ratspräsidentin U. Bründler: Damit ist das Budget des Departements Bau genehmigt.

Departement Sicherheit und Umwelt

411000 Polizeirichteramt: keine Anträge

424000 Stadtpolizei

Ch. Denzler (FDP): Die SVP hat einen Antrag eingebracht, der in der Sachkommission Sicherheit und Soziales (SSK) mit 5 zu 4 Stimmen angenommen worden ist. Deshalb wird dieser Antrag jetzt auch im Rat von J. Lisibach gestellt.

J. Lisibach (SVP) stellt im Namen der SSK den Antrag den Globalkredit um 750'000 Franken zu erhöhen, damit mehr Stellen für den Fronteinsatz geschaffen werden können. Mit dieser Erhöhung können 6 neue Stellen geschaffen werden. Weitere Begründungen für diesen Antrag sind nicht notwendig. Die Fakten sind klar. Offenbar gilt das, was im Vorfeld abgesprochen wurde, nichts mehr. J. Lisibach ist auf das Abstimmungsresultat gespannt und freut sich, wenn der Gemeinderat den Antrag unterstützt.

D. Oswald (SVP) ruft den Ratsmitgliedern in Erinnerung, dass immer wieder davon gesprochen wird, wie wichtig lösungsorientierte Sachpolitik ist. Es darf nicht nur Polemik und Wahlkampf betrieben werden, wie das gewisse Parteien machen. Das Thema Aufstockung der Stellen bei der Stadtpolizei kann man sehr konkret und sachlich beurteilen. Zudem zeigt sich hier auch der Umgang der Fraktionen mit den städtischen Mitarbeitenden. Der Arbeitsaufwand der Stadtpolizei steigt laufend. Die Stadt wird immer grösser und die Auflagen in Bezug auf den Verkehr werden umfangreicher. Die Stadtpolizei muss mehr kontrollieren. Mehr Parks müssen überwacht werden. Das Spukverbot, das im Gemeinderat beschlossen worden ist, muss durchgesetzt werden. Das alles gibt mehr Arbeit. In anderen Departementen wird ein Stellenausbau gefordert. Wenn es um die Stadtpolizei geht, sind viele anderer Meinung. Niemand, der die 6 Stellen nicht unterstützt, soll erzählen, er würde Sachpolitik betreiben, er würde aufgrund von Fakten entscheiden und er sei professionell. Das sind diejenigen, die diese 6 Stellen nicht unterstützen, auf keinen Fall.

N. Gugger (EVP) hat bereits im Eintretensvotum erwähnt, das dies der emotionalste Punkt in der Diskussion ist. Die EVP hat bei verschiedenen Fragestellungen in den sauren Apfel gebissen. Der Antrag der CVP ist rechtlich kaum haltbar. 13 Stellen sollen auf 7 reduziert werden beim Glasfasernetz, dafür sollen bei der Stadtpolizei 6 neue Stellen geschaffen werden. Das geht nicht. GLP/PP, Grüne/AL, SP und EVP haben eine salomonische Lösung

gefunden. Die EVP trägt dazu bei, dass die Stadt lebenswert und sicher ist. Es geht darum, dass sich die Ratsmitglieder einig sind. Es braucht mehr Leute für die Stadtpolizei, das ist richtig. Aber auch die Spitex braucht mehr Stellen. Andere Institutionen rufen ebenfalls nach mehr Stellen. In der Stadt Winterthur, in der über 100'000 Einwohner leben, braucht es mehr Stadtpolizisten. Das ist richtig. Der Antrag der EVP ist pragmatisch. Er lautet: Drei Stellen mehr. Das ist ganz wichtig für das Protokoll. Die Stadtpolizei Winterthur erhält drei Polizisten mehr für die Front. Der Polizeikommandant hat klar gesagt, dass es drei Leute mehr braucht. Zwei Leute werden benötigt für die Velopatrouillen und einer für den Fronteinsatz im Ermittlungsdienst. Das sind drei Stellen. Der Vorschlag der EVP lautet dementsprechend 125'000 Franken mehr ins Budget einzustellen. Damit können 3 neue Stellen geschaffen werden.

R. Harlacher (CVP) ist erstaunt, dass der Antrag der CVP, die 13 Stellen für das Glasfasernetz auf 7 zu reduzieren, rechtlich nicht zulässig sein soll. Diesen Antrag wird die CVP-Fraktion noch stellen. Er ist ein Teil des Budgets der Stadtwerke. Mit drei zusätzlichen Stellen für die Stadtpolizei können höchsten Überstunden abgebaut werden. Sie werden aber keine zusätzliche Präsenz auf öffentlichem Grund bringen. R. Harlacher bittet die Ratsmitglieder die beantragten 6 Stellen zu bewilligen. Diese können problemlos an anderer Stelle reduziert werden.

Ch. Denzler (FDP) spricht jetzt nur für sich selber, weil die FDP-Fraktion ihr nicht in allen Punkten folgen konnte. Je länger der Abend dauert, umso grösser wird die Frustration. Wenn die Ratsmitglieder vernünftig sein und den Aufruf von Stadträtin V. Gick befolgen wollen, können sie keine Mehrkosten generieren. Das Päckchen, das kurz vor der Sitzung geschlossen worden ist, heisst: Gibst du mir, so gebe ich dir. Die SP will ihre Anträge, die sie in der Kommission nicht durchsetzen konnte, jetzt im Rat durchbringen und die GLP/PP-Fraktion desgleichen. Ergo wurde ein Pakt geschlossen und jetzt werden die Abstimmungen stets zugunsten von GLP/PP, Grüne/AL, EVP und SP ausfallen. Die Anträge der anderen Fraktionen werden abgelehnt. Die Bevölkerung verlangt mehr Polizeipräsenz. Warum soll die FDP immer nur vernünftig sein und sparen, wenn auf der anderen Seite ständig Mehrausgaben generiert werden. Das Votum, den Antrag der SVP und damit die Schaffung von 6 Stellen bei der Stadtpolizei zu unterstützen, steht sicher schräg in der Landschaft, weil die FDP keine Mehrkosten generieren will. Ch. Denzler hat es aber satt immer die Vernünftigen zu sein. Die SP beantragt Erhöhungen im Sozialdienst, in der Vormundschaftsbehörde, im Schuldepartement. Das frustriert. Deshalb wird Ch. Denzler den Antrag, bei der Stadtpolizei 6 neue Stellen zu schaffen, unterstützen. Die FDP-Fraktion wird allerdings lediglich die Erhöhung um drei Stellen unterstützen.

J. Lisibach (SVP): Die SVP-Fraktion ist letztendlich stolz, dass es sicher eine Erhöhung um drei Stellen geben wird. Die Fraktion hat diese Diskussion angestossen. Die einen Fraktionen haben sich verkauft. Irgendwann wird der Zahltag kommen nach dem heutigen Abend. Jemand muss jetzt erklären, wie für eine Erhöhung um drei Stellen 125'000 Franken ausreichen sollen. Die Stelle eines Stadtpolizisten kostet 125'000 Franken. Damit muss für drei neue Stellen das Budget um 375'000 Franken erhöht werden. Das entspricht der Auskunft des Kommandanten in der Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK).

N. Gugger (EVP): Das Thema Stadtpolizei ist komplex und mit Emotionen behaftet. Der Kommandant der Stadtpolizei hat in der SSK erklärt, dass es zwei bis drei neue Stellen braucht. In der Stadtpolizei wurden Überstunden in der Höhe von zwei Stellen geleistet, die ausgezahlt wurden. Das entspricht 250'000 Franken. Wenn man die beantragten 125'000 Franken für eine zusätzliche Stelle addiert, ergibt das 375'000 Franken. Dementsprechend sind 125'000 Franken notwendig, damit das Budget bei einer Erhöhung um 3 Stellen ausgeglichen ist. Deshalb hat N. Gugger den Antrag gestellt, das Budget um 125'000 Franken zu erhöhen und drei neue Stellen zu schaffen.

R. Isler (SVP): Bei einem Volumen von 200 Leuten sind 3 neue Stellen praktisch nichts. Die Stadtpolizei Winterthur hat seit 1987 viele Polizistinnen eingestellt. Viele haben inzwischen

geheiratet. Zwei Frauen sind Mutter geworden und eine wird es im nächsten Jahr. Nach einer Geburt ist noch keine Polizistin wieder an den ursprünglichen Arbeitsplatz zurückgekehrt. Das heisst für die Stadtpolizei fallen drei Frauen aus. Die SVP wird eine Initiative starten, damit die Stadtpolizei Winterthur genügend Personal erhält. Die Unterschriften werden schnell gesammelt sein und an der Urne wird die SVP die Abstimmung gewinnen. Die Parteien, die jetzt der Erhöhung um 6 Stellen nicht zustimmen, werden ihren Wählerinnen und Wählern erklären müssen, warum sie diese moderate Erhöhung ablehnen. Winterthur hat als sechstgrösste Stadt in der Schweiz das kleinste Corps pro Einwohner. Die SVP wird mit Sicherheit die Initiative ergreifen und die Abstimmung gewinnen.

W. Badertscher (SVP): In der SSK wurde lange über dieses Thema diskutiert. In der Stadtverwaltung fällt mehr Arbeit an, das bedingt mehr Arbeitsstellen. Das gilt offenbar für alle ausser für die Stadtpolizei. W. Badertscher hat die Aussage des Kommandanten anders verstanden als N. Gugger. Er hat erklärt, dass bei der Stadtpolizei bereits seit langem Stellen fehlen. Es war die Rede von sechs Stellen.

D. Berger (Grüne/AL) versteht den Frust der SVP und der FDP, weil sie jetzt in der Minderheit sind. Politik funktioniert aber so. Man gibt und man nimmt. Jetzt kommt es zu einem Kompromiss. Für alle, die an diesem Kompromiss beteiligt sind, ist es nicht einfach, alle Anträge zu unterstützen. Es hat Punkte darunter, von denen D. Berger nicht begeistert ist. Zwischen 2009 und 2011 sind im Bereich der Polizei 10 neue Stellen geschaffen worden. Bis im Jahr 2014 sollen weitere 6 neue Stellen geschaffen werden. Das heisst, es ist nicht so, dass nichts geschieht. D. Berger hat ebenfalls Mühe, dass mit 125'000 Franken drei neue Stellen geschaffen werden sollen. Das Parlament kann keinen Einfluss nehmen auf den Stellenplan. Er kann aber den Antrag mittragen.

Y. Beutler (SP): SVP, FDP und CVP haben ebenfalls versucht einen Pakt zu schliessen. Sie sind aber nicht durchgedrungen. GLP/PP, Grüne/AL, EVP und SP konnten sich auf einen Kompromiss einigen. Es sollen mehr Polizeistellen geschaffen werden. Es ist kein Zustand, dass die Überstunden fix im Budget eingestellt werden. Die Leute sollen entlastet werden. Bei der Stadtpolizei sind in der Vergangenheit bereits Stellen geschaffen worden. Der Jugenddienst wurde ausgebaut, ebenso die Velopolizei und die Fachstelle für häusliche Gewalt. Im IAFP sind bereits jetzt Stellen aufgeführt, gegen die sich die SP nicht gewehrt hat. Es ist nicht so, dass nichts unternommen wird. Aber in der Stadt gibt es noch mehr als die Polizei. Sicherheit bedeutet mehr als nur neue Polizisten anzustellen. Die SP sieht den Sicherheitsbegriff umfassender. Sie möchte auch Mittel für die Prävention zur Verfügung stellen. GLP/PP, Grüne/AL, EVP und SP konnten sich auf die vorgeschlagenen 3 Stellen einigen. Zusammen mit den Stellen, die in Zukunft bei der Stadtpolizei geschaffen werden sollen, kommt man einen wichtigen Schritt weiter. Im Rat hat zudem die Gepflogenheit geherrscht, dass man sich zurückhält, wenn es um das Budget der Produktegruppe geht, bei der man selber angestellt ist.

Ch. Denzler (FDP) liegt eine schriftliche Meldung von Thomas Mangold, Departementssekretär vor, darin steht, dass der Indikator in Bezug auf die Frontstunden heraufgesetzt werden soll. Eine Berechnung hat ergeben, dass ca. 4'000 Überstunden geleistet werden. Eine zusätzliche Polizeistelle kostet 125'000 Franken – drei Stellen kosten 375'000 Franken. Wenn der Indikator erhöht würde, dann bräuchte es 8 neue Stellen was Mehrkosten von rund 1 Million bedeuten würde.

J. Lisibach (SVP) hält fest, dass Y. Beutler ebenfalls bei der Stadt angesellt ist. Die Zahlen zeigen, dass in den Jahren 2007 bis 2009 jährlich 11'600 Fronstunden geleistet wurden, die ausgezahlt oder kompensiert worden sind. Wenn man diese Zahl umrechnet, ergibt das 6,1 Stellen. Das ist die Nettovariante, die Bruttovariante ergibt 15,3 Stellen. Das sind die Zahlen der Stadtpolizei. Eine Stelle ist soviel wie nichts. Gleichzeitig wird eine Schriftliche Anfrage eingereicht unter dem Titel: „Anzeige bei Gewaltdelikten“. Die SVP stellt den Antrag bei der Stadtpolizei 3 neue Stellen zu schaffen und das Budget um 375'000 Franken zu erhöhen.

N. Gugger (EVP): Die EVP leistet einen Beitrag zu einem salomonischen Entscheid. R. Isler hat gesagt, dass eine Frau nach der Mutterschaft nicht mehr an ihre Stellen zurückkehrt. Viele wollen Teilzeit arbeiten. Gemäss Aussage der Stadtpolizei ist eine Erhöhung um 125'000 Franken bereits von Nutzen. Es ist ein Beitrag zur Lösung der Probleme. Damit können drei neue Stellen geschaffen werden. Es bleibt dem Polizeikommandanten überlassen, ob er Teilzeitstellen schaffen will. Klar ist, dass drei Stellen und Mehrkosten von 125'000 Franken ins Budget aufgenommen werden müssen. N. Gugger dankt den Ratsmitgliedern, wenn sie diesem Antrag folgen.

D. Oswald (SVP): Es ist richtig, dass bei der Stadtpolizei in der Vergangenheit neue Stellen geschaffen worden sind. Es sind aber auch neue Aufgaben dazugekommen. D. Oswald hat aber von der Zunahme weiterer Aufgaben gesprochen. Es ist nicht einfach in der Minderheit zu sein. Allianzen werden immer wieder geschmiedet. Das ist nicht verboten und ärgert D. Oswald nicht. Dass aber die Überzeit, die Mitarbeitende leisten müssen, vielen Ratsmitgliedern offensichtlich egal ist, kann er nicht verstehen. Auf dem Buckel der städtischen Angestellten wird gefeilscht. Ein solider Arbeitgeber würde diese hohen Überzeiten richtig beurteilen und entsprechend die Stellenzahl erhöhen. Das wäre zudem günstiger, weil keine Überzeitenzulagen bezahlt werden müssten.

R. Isler (SVP): Wenn man im Glashaus sitzt, soll man keine Steine werfen. Auch Mitglieder der SP haben schon Anträge gestellt, die ihre eigene Institution betroffen haben.

Ch. Kern (SVP): Y. Beutler hat die politischen Gepflogenheiten hochgehalten. Das ist interessant. Eigentlich sitzt Y. Beutler lange genug im Rat, um zu wissen, wie Budgetdebatten ablaufen. Dass man nämlich in den Kommissionen Anträge stellt und dann darüber befindet. Danach kann ein Drehbuch erstellt werden, auf das man sich mehr oder weniger verlassen kann. Y. Beutler hat von Effizienz gesprochen. Was die GLP/PP, Grüne/AL, EVP und SP jetzt machen, indem sie die Kommissionsdebatten in den Rat bringen, ist alles andere als effizient. Seit langem mussten keine so zeitaufwändigen Diskussionen über das Budget im Rat geführt werden, wie diese gegenwärtige Debatte. Die Kommissionsdiskussionen müssen erneut jetzt geführt werden. Deshalb muss Y. Beutler nicht von Gepflogenheiten im Rat sprechen. Es ist bemühend, wenn jemand sich gebärdet wie ein Oberlehrer und sich selber nicht an die Grundsätze hält.

Y. Beutler (SP): Nicht vor jeder Kommissionssitzung findet auch eine Fraktionssitzung statt. Deshalb ist einer der häufigsten Sätze, die man in den Protokollen der Fraktionssitzungen liest, dass man noch keine Rücksprache in der Fraktion nehmen konnte. Nach der Sitzung gehen die Kommissionsmitglieder zurück in die Fraktionen. Manchmal kann man die Fraktionsmitglieder vom Abstimmungsresultat, das in der Kommission gefällt worden ist, überzeugen, manchmal auch nicht. Deshalb passiert es, dass knappe Kommissionsentscheide umgestossen werden. Es geht um eine Stimme. Deshalb hätte es bereits in der Kommission passieren können, dass der Antrag abgelehnt worden wäre.

B. Baltensberger (SP) erinnert J. Lisibach daran, dass er immer erklärt hat, dass die eigenen Vorschläge Budgetneutral sind. Es würden lediglich Überstunden kompensiert.

Stadtrat M. Künzle ist erfreut, dass das Thema Sicherheit so emotional diskutiert wird. Das zeigt, dass es den Ratsmitgliedern wichtig ist. Stadtrat M. Künzle hält aber am stadträtlichen Antrag fest. Der Stadtrat hat in den letzten Jahren immer auf die Entwicklung in der Stadt in Bezug auf Sicherheitsfragen reagiert. Der Jugenddienst wurde von 3 auf 4 und schlussendlich auf 11 Stellen aufgestockt. Zudem wurde eine Velopolizei geschaffen, um die Fronarbeit zu verstärken. Im Weiteren wurde eine Fachstelle für häusliche Gewalt geschaffen. Im IAFP wurde festgelegt, dass in den nächsten Jahren jeweils 2 Stellen mehr geschaffen werden sollen. Die Stadt wächst und braucht mehr Polizisten – neben dem Sicherheitskonzept, das geprüft werden muss. Der Stadtrat trägt die finanzielle Verantwortung für das Budget. Diverse Verwaltungsstellen sind ebenfalls an ihren Grenzen angelangt. Der Stadtrat muss versuchen einen Ausgleich zu schaffen. Das hat er mit dem Budget gemacht. Deshalb hält der

Stadtrat an seinem Antrag fest. Eigentlich müsste das Parlament den Stadtrat mit Indikatoren steuern. Das würde den Gedanken von WOV entsprechen. Der Rat soll dem Stadtrat nicht vorschreiben, wie er ans Ziel kommen soll.

Stadtrat M. Gfeller: Die geplanten Stellen bei der Telecom sind von einer Volksabstimmung abhängig. Dieser Volksabstimmung darf weder der Stadtrat noch der Gemeinderat mit einem Budgetbeschluss vorgreifen. Ob diese Stellen später ausschliesslich über Gebühren finanziert werden können, weiss noch niemand. Das hängt stark von Verhandlungen mit der Swisscom ab. Vermutlich müssen die Stellen teilweise über Steuern finanziert werden. Das bedeutet nicht, dass einfach 6 Stellen gestrichen werden können, und dass damit das Geld dem steuerfinanzierten Bereich der Stadt Winterthur zur Verfügung steht. Mit dem Glasfasergeschäft soll nicht nur die Swisscom Geld verdienen, sondern auch Stadtwerk. Jetzt muss abgewartet werden, bis das Volk an der Urne entschieden hat. Die Vertragsverhandlungen mit der Swisscom laufen noch. Solange diese nicht abgeschlossen sind, kann niemand klar sagen, wie sich das Projekt entwickeln wird. Die 13 Stellen sind einfach eine Prognose. Der Querbezug, den die CVP zu den Stellen bei der Stadtpolizei gemacht hat, kann nicht funktionieren.

R. Isler (SVP) stellt den Antrag auf eine Abstimmung mit Namensaufruf.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über den Antrag von R. Isler abstimmen. 20 Ratsmitglieder müssen dem Antrag zustimmen.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 20 Stimmen zu.

J. Würgler (SP) stellt den Antrag, die Abstimmung auf die Abendsitzung zu verschieben.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über den Antrag abstimmen.

Der Rat ist mit der Verschiebung einverstanden.

J. Lisibach (SVP) möchte beliebt machen, dass zuerst die beiden Fraktionsanträge einander gegenübergestellt werden und der obsiegende dem SSK Antrag gegenübergestellt wird. Danach soll der SSK Antrag dem stadträtlichen Antrag gegenübergestellt werden.

Der Rat macht keine Einwendungen gegen dieses Vorgehen.

Ratspräsidentin U. Bründler stellt den Antrag der SVP-Fraktion – Erhöhung des Globalkredits um 750'000 Franken damit mehr Stellen für den Fronteinsatz geschaffen werden können – dem Antrag der EVP – Erhöhung des Globalkredits um 125'000 Franken – gegenüber.

Antrag SVP vs. Antrag EVP							
		SVP	EVP			SVP	EVP
	B. Baltensberger (SP)		X		A. Bosshart (FDP)	X	
	Ch. Baumann (SP)		X		U. Brügger (FDP)	X	
	Ch. Benz – Meier (SP)		X		Ch. Denzler (FDP)	X	
	Y. Beutler (SP)		X		B. Günthard-Maier (FDP)	X	
	A. Daurù (SP)		X		F. Helg (FDP)	X	
	B. Konyo Schwerzmann (SP)		X		D. Schneider (FDP)	X	
	F. Künzler (SP)		X		M. Wenger (FDP)	X	

	P. Kyburz (SP)		X		K. Cometta-Müller (GLP)		X
	F. Landolt (SP)		X		S. Gygax-Matter (GLP)		X
	M. Meyer (SP)		X		B. Meier (GLP)		X
	S. Näf (SP)		X		A. Steiner (GLP)		X
	O. Seitz (SP)		X		M. Zehnder (GLP)		X
	S. Stierli (SP)		X		M. Zeuglin (GLP)		X
	Ch. Ulrich (SP)		X		M. Wäckerlin (PP)		X
	E. Wettstein (SP)		X		J. Altwegg (Grüne)		X
	J. Würigler (SP)		X		R. Diener (Grüne)		X
	N. Albl (SVP)	X			B. Dubochet (Grüne)		X
	W. Badertscher (SVP)	X			D. Schraft (Grüne)		X
	P. Fuchs (SVP)	X			M. Stauber (Grüne)		X
	R. Isler (SVP)	X			D. Berger (AL)		X
	H. Keller (SVP)	X			L. Banholzer (EVP)		X
	R. Keller (SVP)	X			N. Gugger (EVP)		X
	Ch. Kern (SVP)	X			B. Günthard Fitze (EVP)		X
	W. Langhard (SVP)	X			Ch. Ingold (EVP)		X
	J. Lisibach (SVP)	X			H. Iseli (EDU)		X
	St. Nyffeler (SVP)	X			F. Albanese (CVP)	X	
	D. Oswald (SVP)	X			M. Baumberger (CVP)	X	
	St. Schär (SVP)	X			U. Bründler-Krismer (CVP)	--	
	W. Steiner (SVP)	X			R. Harlacher (CVP)	X	
	M. Stutz (SD)	X			W. Schurter (CVP)	X	

Der Rat stimmt mit 34 zu 25 Stimmen für den Antrag der EVP.

Ratspräsidentin U. Bründler stellt den Antrag der EVP – Erhöhung des Globalkredits um 125'000 Franken – dem Antrag der SSK – Erhöhung des Globalkredits um 750'000 Franken – gegenüber.

Antrag SSK vs. Antrag EVP							
		SSK	EVP			SSK	EVP
	B. Baltensberger (SP)		X		A. Bosshart (FDP)	X	
	Ch. Baumann (SP)		X		U. Brügger (FDP)	X	
	Ch. Benz – Meier (SP)		X		Ch. Denzler (FDP)	X	
	Y. Beutler (SP)		X		B. Günthard-Maier (FDP)	X	
	A. Daurù (SP)		X		F. Helg (FDP)	X	

	B. Konyo Schwerzmann (SP)		X		D. Schneider (FDP)	X	
	F. Künzler (SP)		X		M. Wenger (FDP)	X	
	P. Kyburz (SP)		X		K. Cometta-Müller (GLP)		X
	F. Landolt (SP)		X		S. Gygax-Matter (GLP)		X
	M. Meyer (SP)		X		B. Meier (GLP)		X
	S. Näf (SP)		X		A. Steiner (GLP)		X
	O. Seitz (SP)		X		M. Zehnder (GLP)		X
	S. Stierli (SP)		X		M. Zeuglin (GLP)		X
	Ch. Ulrich (SP)		X		M. Wäckerlin (PP)		X
	E. Wettstein (SP)		X		J. Altwegg (Grüne)		X
	J. Würgler (SP)		X		R. Diener (Grüne)		X
	N. Albl (SVP)	X			B. Dubochet (Grüne)		X
	W. Badertscher (SVP)	X			D. Schraft (Grüne)		X
	P. Fuchs (SVP)	X			M. Stauber (Grüne)		X
	R. Isler (SVP)	X			D. Berger (AL)		X
	H. Keller (SVP)	X			L. Banholzer (EVP)		X
	R. Keller (SVP)	X			N. Gugger (EVP)		X
	Ch. Kern (SVP)	X			B. Günthard Fitze (EVP)		X
	W. Langhard (SVP)	X			Ch. Ingold (EVP)		X
	J. Lisibach (SVP)	X			H. Iseli (EDU)		X
	St. Nyffeler (SVP)	X			F. Albanese (CVP)	X	
	D. Oswald (SVP)	X			M. Baumberger (CVP)	X	
	St. Schär (SVP)	X			U. Bründler-Krismer (CVP)	--	
	W. Steiner (SVP)	X			R. Harlacher (CVP)	X	
	M. Stutz (SD)	X			W. Schurter (CVP)	X	

Der Rat stimmt dem Antrag der EVP mit 34 zu 25 Stimmen zu.

Ratspräsidentin U. Bründler stellt den EVP Antrag dem Antrag des Stadtrates gegenüber.

Antrag SR vs. Antrag EVP							
		SR	EVP			SR	EVP
	B. Baltensberger (SP)		X		A. Bosshart (FDP)		X
	Ch. Baumann (SP)		X		U. Brügger (FDP)		X
	Ch. Benz – Meier (SP)		X		Ch. Denzler (FDP)		
	Y. Beutler (SP)		X		B. Günthard-Maier (FDP)		X
	A. Daurù (SP)		X		F. Helg (FDP)		X

	B. Konyo Schwerzmann (SP)		X		D. Schneider (FDP)		X
	F. Künzler (SP)		X		M. Wenger (FDP)		X
	P. Kyburz (SP)		X		K. Cometta-Müller (GLP)		X
	F. Landolt (SP)		X		S. Gygax-Matter (GLP)		X
	M. Meyer (SP)		X		B. Meier (GLP)		X
	S. Näf (SP)		X		A. Steiner (GLP)		X
	O. Seitz (SP)		X		M. Zehnder (GLP)		X
	S. Stierli (SP)		X		M. Zeuglin (GLP)		X
	Ch. Ulrich (SP)		X		M. Wäckerlin (PP)		X
	E. Wettstein (SP)		X		J. Altwegg (Grüne)		X
	J. Würgler (SP)		X		R. Diener (Grüne)		X
	N. Albl (SVP)				B. Dubochet (Grüne)		X
	W. Badertscher (SVP)		X		D. Schraft (Grüne)		X
	P. Fuchs (SVP)				M. Stauber (Grüne)		X
	R. Isler (SVP)				D. Berger (AL)		X
	H. Keller (SVP)				L. Banholzer (EVP)		X
	R. Keller (SVP)				N. Gugger (EVP)		X
	Ch. Kern (SVP)				B. Günthard Fitze (EVP)		X
	W. Langhard (SVP)				Ch. Ingold (EVP)		X
	J. Lisibach (SVP)				H. Iseli (EDU)		X
	St. Nyffeler (SVP)				F. Albanese (CVP)		X
	D. Oswald (SVP)				M. Baumberger (CVP)		X
	St. Schär (SVP)				U. Bründler-Krismer (CVP)	--	
	W. Steiner (SVP)		X		R. Harlacher (CVP)		X
	M. Stutz (SD)				W. Schurter (CVP)		X

Der Rat stimmt mit 46 Stimmen und 13 Enthaltungen dem Antrag der EVP – Erhöhung des Globalbudgets um 125'000 Franken – zu.

Ratspräsidentin U. Bründler: Damit hat der Rat das Budget der Stadtpolizei mit den genannten Änderungen gutgeheissen.

425000 Betrieb Parkhäuser und Parkplätze: keine Anträge

430000 Feuerwehr: keine Anträge

440000 Zivilschutz: keine Anträge

460000 Melde- und Zivilstandswesen: keine Anträge

480000 Umwelt- und Gesundheitsschutz: keine Anträge

Ratspräsidentin U. Bründler: Damit ist das Budget des Departements Sicherheit und Umwelt genehmigt.

Departement Schule und Sport

514000 Volksschule

Ch. Baumann (SP): Auch für die Volksschule wurde WOV eingeführt. Bei der Beratung haben die Kommissionsmitglieder festgestellt, dass die Zahlen schwer verständlich sind. Deshalb beantragt die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) mit 8 zu 1 Stimmen bei den parlamentarischen Zielvorgaben die Zahlen, die Ausdruck des Anteils ausländischer Kinder sind, in absoluten Zahlen anzugeben. Das heisst, es soll in % angegeben werden, wie hoch der Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler in den Sekundarschulen A, B und C ist. Diese Korrektur dient lediglich der besseren Lesbarkeit. Es werden keine zusätzlichen Kosten entstehen.

Der Stadtrat schliesst sich dem Antrag an.

Ratspräsidentin U. Bründler stellt fest, dass kein Ablehnungsantrag gestellt wird. Damit hat der Rat dieser Änderung zugestimmt.

O. Seitz (SP) war geschockt, als er die entsprechenden Zahlen gelesen hat. Die Zahlen zeigen die Verteilung der fremdsprachigen Kinder auf die verschiedenen Oberstufenschulen A, B und C. An den Oberstufen in Winterthur haben 31 % der Kinder keinen Schweizerpass. Die fremdsprachigen Kinder verteilen sich wie folgt auf die verschiedenen Stufen: An der Sekundarstufe A sind 16 % der Kinder fremdsprachig, Sekundarstufe B 43 % und Sekundarstufe C 63 %. O. Seitz ist der Meinung, dass die Kinder aus verschiedenen Nationen etwa gleich intelligent zur Welt kommen. Das heisst, dass die fremdsprachigen Kinder im Laufe ihres Lebens nicht die gleichen Fortschritte machen können wie deutschsprachige Kinder. Das ist ein Problem für Winterthur als Stadt und für die Schweiz als Land. Es ist auch volkswirtschaftlich bedenklich und eine Verschwendung von Ressourcen. Deshalb möchte die SP diesem Problem genauer nachgehen. Sie wird einen Vorstoss einreichen, um die Gründe für diese Unterschiede zu eruieren und um Möglichkeiten abzuklären, wie diese Unterschiede reduziert werden können.

B. Günthard-Maier (FDP) ist der Meinung, dass alle Kinder vor dem Kindergarten Deutsch lernen sollten. Hier lohnt es sich Geld zu investieren.

522000 Materialverwaltung: keine Anträge

534000 Sonderschulung: keine Anträge

576000 Famex

O. Seitz (SP) zeigt die Entwicklung in der Vergangenheit auf, damit die Anträge, die von der BSJK gestellt werden, verständlich sind. Am 18. Januar 2010 hat der Gemeinderat über die Umsetzung der Volksinitiative der SP abgestimmt. Der Rat hat entschieden, dass spätestens bis zum Voranschlag 2012 die Wartelisten für einen Krippenplatz abgeschafft werden sollen. Das Krippenangebot soll bedarfsgerecht sein. Der Gegenvorschlag, mit dem verlangt wurde, dass der Ausbau des Krippenangebots nur im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten erfolgen soll, wurde damals abgelehnt. Die Umsetzungsvorlage unterlag dem fakultativen Referendum. Gemäss Rechtsgutachten betreffend schulergänzende Kinderbetreuung steht dieser Beschluss über der Budgethoheit. Aus diesem Grund mussten in der Kommission drei Fehler korrigiert werden. Einerseits steht im Voranschlag, dass nur im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten ein Ausbau erfolgen darf. Hier hat auch Stadtrat St. Fritschi erklärt, dass diese Formulierung falsch ist und gestrichen werden muss, weil der Gegenvorschlag abgelehnt wurde.

Der IAFP besagt andererseits, dass 2012 noch 110 Plätze auf der Warteliste stehen dürfen. Auch das ist falsch. Das wurde vom Stadtrat ebenfalls bestätigt. Die Warteliste darf im Jahr 2012 lediglich 0 und 10 Plätze umfassen. Eine Punktlandung bei 0 ist nicht möglich. Es muss nicht sein, dass während des Jahres zu jedem Zeitpunkt ein Platz frei ist. Zumindest

am Jahresanfang müsste das Angebot aber bedarfsgerecht sein. Die Anzahl Plätze, die jetzt geschaffen werden sollen, reicht nicht aus. Damit kann das Ziel bis 2012 nicht erreicht werden. Aus diesem Grund beantragt die BSKK mit 7 zu 2 Stimmen die Erhöhung der Anzahl subventionierter Kinderplätze in Kitas um 16 Plätze auf 277. Das hat Mehrkosten in der Höhe von 136'000 Franken zur Folge. Der Bedarf bis im Jahr 2012 beträgt 46 zusätzliche Plätze. Im Jahr 2012 können maximal 20 zusätzliche Kinderplätze geschaffen werden. 10 Plätze hat der Stadtrat bereits im Voranschlag aufgenommen. Damit das Ziel, im Jahr 2012 ein bedarfsgerechtes Angebot zur Verfügung stellen zu können, erreicht werden kann, müssen jetzt 16 zusätzliche Plätze geschaffen werden. Säuglingsplätze: Die BSKK beantragt mit 7 zu 2 Stimmen die Anzahl subventionierter Säuglingsplätze um 12 Plätze auf 89 zu erhöhen und den Globalkredit um 153'000 Franken zu erhöhen. Bei beiden Anträgen werden die Kosten im ersten Jahr nur zu Hälfte ins Budget aufgenommen, weil nicht alle Plätze bereits am 1. Januar 2011 geschaffen werden können. Das Departement Schule und Sport schätzt, dass bis ins Jahr 2012 33 Säuglingsplätze fehlen werden. 2012 können maximal 16 zusätzliche Plätze eingekauft werden. Daraus resultiert eine Differenz von 12 Plätzen. Diese Plätze müssen jetzt geschaffen werden, wenn der Auftrag des Gemeinderates umgesetzt werden soll.

Die SP-Fraktion ist enttäuscht vom Stadtrat. Der Gemeinderat ist gezwungen diese Korrektur anzubringen. Er hat Anfang Jahr dem Stadtrat einen Auftrag zur Umsetzung der Volksinitiative erteilt. Es kann nicht sein, dass der Rat das Budget jetzt korrigieren muss, damit der Auftrag, den der Gemeinderat dem Stadtrat erteilt hat, erfüllt werden kann. Es ist erfreulich, dass eine Mehrheit der Parteien sich an den Beschluss von Anfang Jahr erinnern kann und sich auch daran halten will. Nicht alle Parteien haben den gleichen Schwerpunkt in Bezug auf die familienergänzende Kinderbetreuung. Es geht aber darum, dass der Anfang Jahr geschlossene Kompromiss umgesetzt wird. Das Rechtsgutachten hat in Bezug auf die schulergänzende Kinderbetreuung gezeigt, dass eine Umsetzungsvorlage, die Referendumsfähig ist, über der Budgethöhe steht. Der Stadtrat ist daran gebunden und muss die Vorlage umsetzen. Wenn im Jahr 2012 das Betreuungsangebot nicht bedarfsgerecht ausgebaut ist, hat die SP intakte Chancen mit einer Gemeindebeschwerde durchzukommen. Die SP möchte vom Stadtrat wissen, ob er gewillt ist im Voranschlag 2012 genügend Betreuungsplätze zu schaffen und den Auftrag, den der Gemeinderat Anfang Jahr erteilt hat, zu erfüllen.

Stadtrat St. Fritsche: Der Stadtrat ist sich bewusst, dass der Gemeinderat eine konkrete Zielvorgabe gemacht hat und nimmt diesen Auftrag ernst. Bis im Jahr 2012 soll ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot geschaffen werden. Aber das sagt nichts darüber aus, in welchen Etappen das Ziel erreicht werden soll – auch wenn einzelne Mitarbeitende für 2012 maximale Zahlen genannt haben. Stadtrat St. Fritsche hat diese Zahlen nicht erwähnt. Was er in der Kommission gesagt hat, gilt und er übernimmt dafür die Verantwortung. Es ist die Verantwortung des Stadtrates, wenn für das Jahr 2011 nicht so viele Betreuungsplätze geschaffen werden. Aus finanziellen Gründen war nicht mehr möglich. Deshalb hat sich der Stadtrat auf die vorgeschlagene Anzahl Plätze beschränkt. Es ist dem Stadtrat freigestellt, in welchen Schritten der Ausbau erfolgen soll. Es ist nicht die Aufgabe des Parlaments, den Stadtrat in dieser Hinsicht zu korrigieren. Deshalb bleibt der Stadtrat bei seinen Anträgen 10 neue Kita Plätze zu schaffen und 5 Säuglingsplätze.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über den BSKK Antrag, den Globalkredit um 136'000 Franken zu erhöhen und weitere 16 subventionierte Kinderplätze zu schaffen, abstimmen.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 32 zu 26 Stimmen zu.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über den BSKK Antrag, den Globalkredit um 153'000 Franken zu erhöhen und weitere 12 subventionierte Säuglingsplätze zu schaffen, abstimmen.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 32 zu 26 Stimmen zu.

O. Seitz (SP): Es werden im Rahmen der Elternbildung auch Kochkurse angeboten. Die Kochkurse der Pro Infirmis sollen weitergeführt werden. Die allgemeinen Kochkurse sollen aus dem Angebot gestrichen werden. Diese Kurse gehören nicht zum Kerngeschäft der Stadt Winterthur. Zudem ist in absehbarer Zeit ein Investitionsbedarf vorhanden. Die Streichung der allgemeinen Kochkurse führt zu jährlichen Einsparungen von 63'000 Franken. Die Nähkurse sollen grundsätzlich weitergeführt werden. Die Kurskosten sollen aber um 50 % erhöht werden. Auch dann sind sie noch günstig und konkurrenzfähig. Bei den Adoptionskursen ist eine Verdoppelung der Kosten gerechtfertigt. Der Leiter der Erwachsenenbildung hat erklärt, dass die Leitung günstiger gestaltet werden kann. Zusammen ergibt das Einsparungen von Total ca. 120'000 Franken. Diese Einsparungen werden im 1. Jahr lediglich zu einem Drittel wirksam, weil die Kurse, die jetzt beginnen, nicht mehr geändert werden können. Die Änderungen werden ab September 2011 umgesetzt.

Stadtrat St. Fritschi: Das ist ein politischer Entscheid. Die Ratsmitglieder müssen entscheiden, ob das Angebot der Kochkurse reduziert werden soll. Wichtig ist, dass die Kochkurse der Pro Infirmis und die Deutschkurse für Migrantinnen und Migranten nicht betroffen sind. Auch die Frühförderungskurse sind ein wichtiger Teil der Elternbildung. Ob aber die allgemeinen Kochkurse gestrichen werden sollen, muss das Parlament entscheiden.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über den BSKK Antrag abstimmen.

Der Rat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

580000 Berufsbildung: keine Anträge

590000 Sportamt: keine Anträge

Ratspräsidentin U. Bründler: Damit ist das Budget des Departements Schule und Sport genehmigt.

Departement Soziales

611000 Vormundschaftsamt

K. Cometta (GLP/PP): Aufgrund der Stellenerhöhung im Novemberbrief wurden auch die parlamentarischen Zielvorgaben von der Kommission angepasst. Die Kommission hat der Anpassung einstimmig zugestimmt.

Ratspräsidentin U. Bründler stellt fest, dass keine Einwendungen gemacht werden. Damit ist der Antrag genehmigt.

622000 Jugend- und Familienhilfe: keine Anträge

623000 Sozial- und Erwachsenenhilfe

A. Dauru (SP): Es geht um die Bewirtschaftung der Verlustscheine der Krankenkassenprämien. Die Bewirtschaftung der Verlustscheine führt zu einem Inkassoertrag von 75'000 Franken. Dieser Betrag, der Winterthur zusteht, wurde nicht ins Budget aufgenommen. Deshalb stellt A. Dauru im Namen der SSK den Antrag den Globalkredit um 75'000 Franken zu kürzen.

Der Stadtrat ist mit dem Antrag einverstanden.

Ch. Denzler (FDP) stellt im Namen der SSK den Antrag, die Zielvorgaben der Produkte Sozialhilfe und vormundschaftliche Massnahmen aufgrund des Stellenantrags im Novemberbrief anzupassen. Der Antrag hat in der SSK mit 5 zu 4 Stimmen Zustimmung gefunden. Wenn die Zielvorgaben angepasst werden, bewirkt das eine Stellenerhöhung um 200 % - das heisst es können zwei Stellen geschaffen werden.

Ratspräsidentin U. Bründler stellt fest, dass keine Einwendungen gemacht werden. Damit wurde der Antrag der SSK angenommen.

624000 Asylwesen: keine Anträge
627000 Prävention und Suchhilfe: keine Anträge
629000 Amtsleitung, Sekretariat Rechtsauskunft: keine Anträge
632000 Alterszentren: keine Anträge
638000 Spitex: keine Anträge

641000 Beiträge im Gesundheits- und Altersbereich

Ch. Denzler (FDP) stellt im Namen der SSK den Antrag die Zielvorgaben an die Änderungen im Novemberbrief anzupassen. Die SSK hat dem Antrag mit 9 zu 0 Stimmen zugestimmt.

Ratspräsidentin U. Bründler stellt fest, dass keine Einwände gemacht werden. Der Stadtart ist mit dem Antrag einverstanden. Damit ist der Antrag angenommen.

650000 Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte: keine Anträge

Ratspräsidentin U. Bründler: Damit ist das Budget des Departements Soziales genehmigt.

Departement Technische Betriebe

710000 Stadtwerk Winterthur

F. Helg (FDP): Stadtwerk muss jährlich einen Betrag an die Stadtkasse abliefern. Der Beitrag beläuft sich gemäss Budget auf 8,8 Millionen. Diese Ablieferung stellt eine Quersubventionierung zu Lasten der Strombezügler dar. Wirtschaft und Gewerbe wollen tiefere Strompreise, damit mehr Geld für Investitionen in den Betrieben übrig bleibt. Deshalb beantragt die FDP-Fraktion die Ablieferung um 1 Million zu senken. Das schlägt sich in zwei Anträgen nieder. Antrag a): Der Mittelpreis von Normverbräuchen soll von 92 % auf 91 % reduziert werden. Antrag b): Gleichzeitig muss das Produkt städtische Allgemeynkosten/Erlöse verändert werden indem eine Reduktion von 1 Million eingesetzt wird. F. Helg dankt Stadtschreiber M. Bernhard für die Unterstützung bei der Formulierung dieses Antrags. Er möchte allen, die sich für die Wirtschaft in Winterthur einsetzen, beliebt machen, diesem Antrag zu folgen.

Y. Beutler (SP): Die SP-Fraktion stellt den Antrag in der Produktegruppe Stadtwerk Winterthur die Ablieferung aus den Betriebsreserven an die Stadtkasse um 324'000 Franken zu erhöhen. Vorgesehen ist eine Ablieferung an die Stadtkasse von 6 bis 10 %. Aktuell wären das 9,2 Millionen – abgeliefert werden 8,8 Millionen. Mit dieser Erhöhung werden nicht die ganzen 10 % geltend gemacht. Die zusätzliche Ablieferung trägt dazu bei, das Budget weiterhin ausgeglichen zu gestalten – trotz der beschlossenen Erhöhungen.

F. Landolt (SP): Die SP lehnt den Antrag der FDP ab. Eine Reduktion der Ablieferung würde die Investitionstätigkeit nicht verändern. Mit der Ablieferung wird die Nutzung der Infrastruktur abgegolten. Der Antrag kommt nicht von Stadtwerk, das keinen Anlass sieht Ver-

änderungen vorzunehmen. Nicht nur die Stromversorgung ist in Winterthur relativ günstig sondern auch die Wasser- und Gasversorgung.

D. Oswald (SVP): Die SVP-Fraktion stellt den Antrag auf eine Abstimmung mit Namensauf-ruf.

B. Günthard-Maier (FDP) möchte wissen, woher Stadtwerk den zusätzlichen Betrag von 324'000 Franken nehmen soll.

Y. Beutler (SP): Dieser Betrag kann den Reserven entnommen werden. Stadträtin V. Gick hat an die Ratsmitglieder appelliert, einen ausgeglichenen Voranschlag zu präsentieren. Die FDP-Fraktion will jetzt der laufenden Rechnung 1 Million entziehen. Es wurden keine Vor-schläge gemacht, wie dieser Betrag kompensiert werden könnte. Wo soll diese Million ein-gespart werden, damit das Budget ausgeglichen ist?

B. Günthard-Maier (FDP): Die FDP orientiert sich an den Einnahmen, die eine Stadt hat. Die FDP hat kein Interesse daran, den Leuten und den Unternehmen möglichst viel Geld zu entziehen. Damit würden lediglich der Konsum gebremst, Investitionen verhindert und Ar-beitsplätze gefährdet. Das kann Winterthur nicht brauchen. Die Stadt soll soviel Geld aus-geben, wie sie einnehmen kann. Das Budget soll sich an den Einnahmen orientieren.

R. Harlacher (CVP) zeigt auf, dass im Budget von Stadtwerk im Bereich Telekom im Per-sonalbereich eine Budgetsteigerung von rund 1,6 Millionen zu verzeichnen ist. Für den Auf-bau eines Glasfasernetzwerkes sollen 13 neue Stellen geschaffen werden. Dieser Stellen-ausbau wurde vom Volk noch nicht abgesegnet. In diesem Sinne wurde der Betrag vom Stadtrat vorsorglich ins Budget eingestellt. Die Personalkosten von 2,5 Millionen sollen jetzt um rund 750'000 Franken gekürzt werden. Das entspricht 6 Stellen. Zum einen ist es sicher so, dass dieser Ausbau um 13 Stellen vorsorglich ins Budget eingestellt worden ist – ohne dass ein Entscheid des Volkes vorliegt. Selbst wenn das Volk den Plänen, ein Glasfasernetz aufzubauen, zustimmen würde, würden diese 13 Stellen nicht bereits im Jahr 2011 budget-wirksam. Das wäre nur dann der Fall, wenn die Leute bereits am 1. Januar 2011 eingestellt würden. Deshalb kann man mit gutem Gewissen diesem Antrag zustimmen. Das Budget würde auch bei einem positiven Entscheid durch das Volk lediglich mit der Hälfte des einge-stellten Betrages belastet. Das entspricht ziemlich genau 6 Stellen, die 750'000 Franken kosten würden. Die CVP-Fraktion stellt folgenden Antrag auf Änderung der parla-mentarischen Zielvorgaben: 1.10 Betriebsreserve Telekom; Einlagen/Entnahmen aus Be-triebsreserve Telekom (Seite 345, Teil B): Reduktion der Entnahme um 750'000 Franken (entspricht 6 Stellen) auf neu minus 678'000 Franken (anstelle 1,428 Millionen).

N. Albl (SVP) meldet sich als Gewerbetreibender mit eigenen Angestellten, der immer wie-der Investitionen tätigt. Wenn er entlastet würde und weniger an Stadtwerk bezahlen müss-te, könnte er mehr investieren und eventuell mehr Arbeitsplätze schaffen. Er könnte auch höhere Gewinne generieren und dadurch mehr Steuern bezahlen. Diese Steuern kommen der Stadt zu Gute. N. Albl möchte beliebt machen, die Gewerbetreibenden zu entlasten.

J. Altwegg (Grüne/AL) äussert sich zu den 324'000 Franken, die von Stadtwerk mehr ab-geliefert werden sollen. Gemäss Regelung kann die Stadt von Stadtwerk 6 bis 10 % des Umsatzes als Abgabe in die Stadtkasse einfordern. Der Umsatz von Verteilung und Strom-handel beläuft sich auf 92,1 Millionen. 10 % davon entsprechen 9,2 Millionen. Auch mit der vorgeschlagenen Erhöhung bleiben die Abgaben im vorgegebenen Rahmen. Warum soll Stadtwerk Geld in die Stadtkasse abliefern? Bevölkerung und KMU haben in den letzten 100 Jahren Geld ausgegeben, um das Netz zu bauen. Wer investiert, möchte auch eine Rendite. Die Stadt soll für das Netz, das sie aufgebaut hat, etwas erhalten. Zudem spürt der einzelne Gewerbetreibende von der Million, die an alle verteilt wird, kaum etwas. Eine Million Mehr-einnahmen für die Stadtkasse sind aber spürbar. J. Altwegg bittet die Ratsmitglieder, der Erhöhung der Ablieferung von Stadtwerk an die Stadtkasse von 324'000 Franken zuzu-stimmen.

Ch. Ulrich (SP): Die Rede ist von einer Summe, die für ein Einzelunternehmen nicht viel ausmacht. Abgesehen davon, ist der Schluss, dass weniger Abgaben automatisch mehr Arbeitsplätze generieren, nicht schlüssig bewiesen. In dieser Hinsicht sind sich auch die Fachleute uneinig. Man zitiert jeweils die Meinung, die die eigenen Argumente unterstützt. Ch. Ulrich verweist auf die Broschüre über die Standortförderung. Darin ist die Arbeitsplatzentwicklung der Stadt Winterthur aufgeführt. Winterthur hat durchaus Erfolge aufzuweisen. Die Entwicklung zeigt aufwärts. Die Stadt weist jetzt eine andere Struktur auf, als in den Zeiten der Grossindustrie. Damals war der Stromverbrauch sehr hoch. Heute weist die Stadt eine kleinräumige Struktur auf. Das ist der Weg, den Winterthur gehen muss. Im tertiären Sektor ist die Stadt sehr stark. Es werden neue Technologien entwickelt. Die Rede ist auch von einem Energiecluster, der gefördert werden soll. Das ist der richtige Weg auf dem die Stadt weitergehen soll. Dass die Rahmenbedingungen gut sind für Unternehmungen, wird nicht dadurch erreicht, dass die Stadtkasse übermässig belastet wird.

N. Gugger (EVP/EDU): Das Anliegen von N. Albl ist verständlich. Für seine Firma würde diese Reduktion aber nur ganz wenig ändern. Die Stadt Winterthur kann den Strom sehr günstig anbieten. Andere Städte sind viel teurer. Dementsprechend ist die Fragestellung obsolet, ob eine Million umgelegt werden kann. Für ein KMU würde diese Umlage einige Franken bringen. N. Gugger bittet die Ratsmitglieder, den Antrag der FDP abzulehnen.

F. Künzler (SP): 1 % Reduktion auf den Strompreis wird ein Unternehmen überhaupt nicht spüren. Deshalb ist der Antrag der FDP abzulehnen.

D. Oswald (SVP): 1 % ist nichts hat F. Künzler erklärt. 1 Million sind 0,1 % des gesamten Stadtbudgets. Jetzt soll eine Million mehr für die Stadtkasse plötzlich eine Rolle spielen. Energiepreise sind für die Exportwirtschaft enorm wichtig. Wenn man an die Spitze kommen will, muss man sich mit den Besten messen. Gerade jetzt, wo der Euro sehr hoch ist, ist es wichtig Standortvorteile beizubehalten. Deshalb dürfen die Energiepreise nicht erhöht werden.

B. Meier (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion wird der Erhöhung der Ablieferung um 324'000 Franken im Interesse eines ausgeglichenen Budgets zustimmen. Zum Stellenausbau bei der Telekom ist folgendes zu sagen: In der BBK wurde zur Kenntnis genommen, dass der Budgetvoranschlag des Businesscenters Telekom eine grobe Schätzung ist. Es wurde gesagt, dass die Zahlen im Prinzip nicht richtig sind. Korrektere Angaben sind im Moment aber nicht möglich. Es ist wichtig, dass das Budget in diesem Bereich zur Kenntnis genommen wird. Im Bereich Telekom stehen grosse Entscheidungen an. Die entsprechende Weisung wird im Jahr 2011 dem Gemeinderat vorgelegt. Dann wird sich der Rat damit auseinandersetzen können. Die SP-Fraktion lehnt den Antrag der CVP ab.

Die BBK stellt folgenden Antrag: Der Indikator 6.3 Ökostromverkauf soll auf 8 GWh erhöht werden (statt 6 GWh). Das Potential beim Absatz von Ökostrom muss besser genutzt werden. Die Kommission hat dem Antrag mit 5 zu 4 Stimmen zugestimmt.

O. Seitz (SP): Wenn sich die SP entscheiden muss, ob 1 % viel ist oder nicht, muss sich die SVP entscheiden, ob Stellen geschaffen werden sollen oder nicht. Offenbar ist die SVP bereit 6 Stellen nicht zu schaffen.

B. Dubochet (Grüne/AL): Das entscheidende Problem für die Exportwirtschaft ist momentan vor allem der starke Schweizer Franken. Die Energiepreise sind in der Schweiz im Vergleich mit den europäischen Preisen sehr tief. Tiefe Energiepreise sind für die Energieeffizienz zudem nicht förderlich.

M. Meyer (SP): Sicher sind 0,1 % des Gesamtbudgets nicht viel. Die SP will aber ein ausgeglichenes Budget. Die Mitarbeitenden sollen in den Genuss einer Realloohnerhöhung kommen. Damit wird auch die Kaufkraft gestärkt.

N. Gugger (EVP): Die SVP hat eine Volksinitiative lanciert zu Ocean Breeze. Damit sollte ein zukunftsorientiertes Projekt gestoppt werden. Der Antrag der SVP ist rückwärts orientiert.

Ch. Kern (SVP): Es ist interessant, dass jetzt von der SP ein ausgeglichenes Budget gefordert wird. Zuerst gibt man das Geld aus, verursacht Mehraufwendungen und danach gleicht man das Budget aus, indem man den Bürgern und den Unternehmungen in die Tasche greift. So wird budgetiert à la Überwindung des Kapitalismus. Kein Unternehmer könnte so budgetieren. Das ist unseriös. Die SVP wird das nicht befürworten.

Stadtrat M. Gfeller wird zu allen vier Anträgen Stellung nehmen. Die Erhöhung des Ökostromanteils von 6 auf 8 GWh nimmt der Stadtrat als Zielvorstellung entgegen. Stadtwerk wird versuchen mehr Käuferinnen und Käufer für Ökostrom zu finden. In der Rechnung wird sich zeigen, ob dieses Ziel realistisch ist. Stadtrat M. Gfeller bittet die Ratsmitglieder, in Bezug auf die anderen drei Anträge, dem Voranschlag des Stadtrates zu folgen. Das Budget ist ausgewogen und durchdacht. Die Abgaben an die Stadtkasse sind mit der ELCom abgestimmt. Stadtwerk kann den Strompreis nicht frei festlegen. Die Bundesbehörden schauen der Stadt dabei auf die Finger. Die letzte Überprüfung durch die ELCom hat Stadtwerk fast 50'000 Franken gekostet. Stadtrat M. Gfeller hat gestaunt, wie genau die Bücher von Stadtwerk überprüft wurden. Auf der bisherigen Basis muss weiter gearbeitet werden. Der Gemeinderat hat kaum mit gleicher Akribie die Preise von Stadtwerk geprüft, wie die ELCom. Es ist zudem nicht so, dass der Gemeinderat oder der Stadtrat die Preise festsetzen. Diese setzt letztlich der Markt fest. Wenn Stadtwerk zu hohe Preise fordert, würde die Kundschaft abwandern. Die Grosskunden können den Anbieter frei wählen. Tatsache ist aber, dass keine Grosskunden Stadtwerk untreu geworden sind.

Die Stadt liegt mit den Strompreisen bei 92 % im Vergleich mit den grössten Schweizerischen Elektrizitätswerken. 100 % entsprechen dem durchschnittlichen Preis. Es wäre ein taktischer Fehler, die Preise zu senken. Stadtwerk wird abwarten. Wenn die AXPO die Preise erhöht, wird man sich überlegen, ob die Reserven von Stadtwerk entsprechend reduziert werden sollen, um die Preise künstlich tief zu halten. Die Tarifhoheit liegt beim Stadtrat. Er muss die Preise kurz nach den Sommerferien festlegen und publizieren. Die Grosskunden können dann bis Ende Oktober entscheiden, ob sie den Stromanbieter wechseln wollen. Die Preise gelten jeweils für das nächste Jahr. Das Parlament wäre überfordert, wenn es in diesen Preismechanismus taktisch eingreifen sollte. Die Spielregeln sind genau definiert. Die ELCom hat Stadtwerk nach der Überprüfung bestätigt, dass die Preise unter dem Durchschnitt liegen. Eine erneute Prüfung der Preise steht nicht an. Die Stadt ist gut auf Kurs. Die kurzfristig angekündigten Preiserhöhungen der Swissgrid wurden mit rund 600'000 Franken abgedeckt. Stadtwerk hat einen guten Job gemacht. Es ist nicht unbedingt opportun, dass der Gemeinderat korrigierend eingreift. Die ELCom gibt auch vor wie viel Geld in eine Stadtkasse fliessen darf. Diese Abgaben sind keine Quersubventionierung sondern eine Kapitalverzinsung. Die ELCom akzeptiert diese Verzinsung bei jedem schweizerischen Stromwerk, ob es sich um eine Aktiengesellschaft handelt oder um eine Verwaltungsabteilung. Diese Verzinsung liegt bei ca. 5 % und wird jedes Jahr neu festgelegt. Im Moment liegt die Verzinsung eher zu tief. Der stadträtliche Antrag liegt sicher im grünen Bereich. Die ELCom wird keine Einwendungen machen. Wenn ein Antrag auf Erhöhung der Abgaben gestellt wird, kann es eng werden. Wie die ELCom entscheiden wird, entzieht sich der Kenntnis von Stadtrat M. Gfeller. Er warnt das Parlament aber vor wesentlichen Erhöhungen. 324'000 Franken sind zu hoch. Die Limite liegt bei 250'000 bis 300'000 Franken. Was der Gemeinderat ebenfalls vorgegeben hat, sind die 10 % des Umsatzes. Zum Umsatz gehören sicher die beiden Profitcenter der Stromverteilung und des Stromhandels. Die Einnahmen betragen total 92 Millionen. Die Ausgaben belaufen sich auf 88 Millionen. Maximal können 9,2 Millionen Abgaben eingesetzt werden, sicher nicht mehr, sonst könnte das in einem Scherben-

haufen enden. Das übergeordnete Recht würde keine höheren Abgaben zulassen. Stadtrat M. Gfeller will den Gemeinderat davor bewahren, nicht kompatible Entscheide zu fällen, die von der ELCom schlussendlich kassiert werden. Er bittet den Gemeinderat, beim ursprünglichen Budget zu bleiben.

Ratspräsidentin U. Bründler stellt fest, dass zum Antrag der BBK den Indikator 6.3 Ökostrom-Verkauf auf 8 GWh zu erhöhen (statt 6 GWh), kein Ablehnungsantrag gestellt worden ist. Damit ist der Antrag der BBK angenommen.

Ratspräsidentin U. Bründler: Für die Anträge der CVP, SP und SVP wird Namensaufruf gewünscht bei der Abstimmung. Die Ratspräsidentin lässt über diesen Antrag abstimmen.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Ratspräsidentin U. Bründler stellt den Antrag der FDP die Gewinnablieferung an Stadtwerk um 1 Million zu senken, den Mittelpreis von Normverbräuchen von 92 % auf 91 % zu reduzieren und das Produkt städtische Allgemekosten/Erlöse zu verändern indem eine Reduktion von 1 Million eingesetzt wird dem stadträtlichen Antrag gegenüber.

Antrag SR vs. Antrag FDP							
		SR	FDP			SR	FDP
	B. Baltensberger (SP)	X			A. Bosshart (FDP)		X
	Ch. Baumann (SP)	X			U. Brügger (FDP)		X
	Ch. Benz – Meier (SP)	X			Ch. Denzler (FDP)		X
	Y. Beutler (SP)	X			B. Günthard-Maier (FDP)		X
	A. Daurù (SP)	X			F. Helg (FDP)		X
	B. Konyo Schwerzmann (SP)	X			D. Schneider (FDP)		X
	F. Künzler (SP)	X			M. Wenger (FDP)		X
	P. Kyburz (SP)	X			K. Cometta-Müller (GLP)	X	
	F. Landolt (SP)	X			S. Gygax-Matter (GLP)	X	
	M. Meyer (SP)	X			B. Meier (GLP)	X	
	S. Näf (SP)	X			A. Steiner (GLP)	X	
	O. Seitz (SP)	X			M. Zehnder (GLP)	X	
	S. Stierli (SP)	X			M. Zeuglin (GLP)		
	Ch. Ulrich (SP)	X			M. Wäckerlin (PP)	X	
	E. Wettstein (SP)	X			J. Altwegg (Grüne)	X	
	J. Würzler (SP)	X			R. Diener (Grüne)	X	
	N. Albl (SVP)		X		B. Dubochet (Grüne)	X	
	W. Badertscher (SVP)		X		D. Schraft (Grüne)	X	
	P. Fuchs (SVP)		X		M. Stauber (Grüne)	X	
	R. Isler (SVP)		X		D. Berger (AL)	X	
	H. Keller (SVP)		X		L. Banholzer (EVP)	X	

	R. Keller (SVP)		X		N. Gugger (EVP)	X	
	Ch. Kern (SVP)		X		B. Günthard Fitze (EVP)	X	
	W. Langhard (SVP)		X		Ch. Ingold (EVP)	X	
	J. Lisibach (SVP)		X		H. Iseli (EDU)	X	
	St. Nyffeler (SVP)		X		F. Albanese (CVP)		X
	D. Oswald (SVP)		X		M. Baumberger (CVP)		X
	St. Schär (SVP)		X		U. Bründler-Krismer (CVP)	--	
	W. Steiner (SVP)		X		R. Harlacher (CVP)		X
	M. Stutz (SD)		X		W. Schurter (CVP)		X

Der Rat lehnt den FDP Antrag mit 33 zu 25 Stimmen und einer Enthaltung ab.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über den Antrag der SP, in der Produktgruppe Stadtwerk Winterthur die Ablieferung aus den Betriebsreserven an die Stadtkasse um 324'000 Franken zu erhöhen und den Globalkredit der Produktgruppe Städtische Allgemeynkosten/Erlöse um 324'000 Franken zu erhöhen, abstimmen. Die Ratspräsidentin möchte wissen welche Betriebsreserve von Stadtwerk das betrifft.

Y. Beutler (SP): Die Wahl der Reserve bleibt Stadtwerk überlassen. Es geht in erster Linie um ein ausgeglichenes Budget.

Antrag SP							
		Ja	Nein			Ja	Nein
	B. Baltensberger (SP)	X			A. Bosshart (FDP)		X
	Ch. Baumann (SP)	X			U. Brügger (FDP)		X
	Ch. Benz – Meier (SP)	X			Ch. Denzler (FDP)		X
	Y. Beutler (SP)	X			B. Günthard-Maier (FDP)		X
	A. Daurù (SP)	X			F. Helg (FDP)		X
	B. Konyo Schwerzmann (SP)	X			D. Schneider (FDP)		X
	F. Künzler (SP)	X			M. Wenger (FDP)		X
	P. Kyburz (SP)	X			K. Cometta-Müller (GLP)	X	
	F. Landolt (SP)	X			S. Gygax-Matter (GLP)	X	
	M. Meyer (SP)	X			B. Meier (GLP)	X	
	S. Näf (SP)	X			A. Steiner (GLP)	X	
	O. Seitz (SP)	X			M. Zehnder (GLP)	X	
	S. Stierli (SP)	X			M. Zeuglin (GLP)		
	Ch. Ulrich (SP)	X			M. Wackerlin (PP)	X	
	E. Wettstein (SP)	X			J. Altwegg (Grüne)	X	
	J. Würigler (SP)	X			R. Diener (Grüne)	X	

	N. Albi (SVP)		X		B. Dubochet (Grüne)	X	
	W. Badertscher (SVP)		X		D. Schraft (Grüne)	X	
	P. Fuchs (SVP)		X		M. Stauber (Grüne)	X	
	R. Isler (SVP)		X		D. Berger (AL)	X	
	H. Keller (SVP)		X		L. Banholzer (EVP)	X	
	R. Keller (SVP)		X		N. Gugger (EVP)	X	
	Ch. Kern (SVP)		X		B. Günthard Fitze (EVP)	X	
	W. Langhard (SVP)		X		Ch. Ingold (EVP)	X	
	J. Lisibach (SVP)		X		H. Iseli (EDU)		X
	St. Nyffeler (SVP)		X		F. Albanese (CVP)		X
	D. Oswald (SVP)		X		M. Baumberger (CVP)		X
	St. Schär (SVP)		X		U. Bründler-Krismer (CVP)	--	
	W. Steiner (SVP)		X		R. Harlacher (CVP)		X
	M. Stutz (SD)		X		W. Schurter (CVP)		X

Der Rat stimmt dem Antrag mit 32 zu 26 Stimmen mit einer Enthaltung zu.

Stadtrat M. Gfeller: Im Budget von Stadtwerk ist unter den Betriebsreserven Verteilung Elektrizität die Gewinnausschüttung mit 8,82 Millionen angegeben. Wenn alle übrigen Posten sich nicht ändern, was unwahrscheinlich ist, weil zum Beispiel ein Stromkunde abspringen könnte oder sich die Strompreise ändern könnten - würden sich die Betriebsreserven um den vom Gemeinderat beschlossenen Betrag reduzieren.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über den Antrag der CVP abstimmen. Änderung der parlamentarischen Zielvorgaben 1.10 Betriebsreserve Telekom; Einlage/Entnahme aus Betriebsreserven Telekom: Reduktion der Entnahme um 750'000 Franken auf 678'000 Franken anstelle von 1,428 Millionen.

Antrag CVP							
		Nein	Ja			Nein	Ja
	B. Baltensberger (SP)	X			A. Bosshart (FDP)		X
	Ch. Baumann (SP)	X			U. Brügger (FDP)		X
	Ch. Benz – Meier (SP)	X			Ch. Denzler (FDP)		X
	Y. Beutler (SP)	X			B. Günthard-Maier (FDP)		X
	A. Daurù (SP)	X			F. Helg (FDP)		X
	B. Konyo Schwerzmann (SP)	X			D. Schneider (FDP)		X
	F. Künzler (SP)	X			M. Wenger (FDP)		X
	P. Kyburz (SP)	X			K. Cometta-Müller (GLP)	X	
	F. Landolt (SP)	X			S. Gygax-Matter (GLP)	X	
	M. Meyer (SP)	X			B. Meier (GLP)	X	

	S. Näf (SP)	X			A. Steiner (GLP)	X	
	O. Seitz (SP)	X			M. Zehnder (GLP)	X	
	S. Stierli (SP)	X			M. Zeuglin (GLP)		
	Ch. Ulrich (SP)	X			M. Wäckerlin (PP)	X	
	E. Wettstein (SP)	X			J. Altwegg (Grüne)	X	
	J. Würgler (SP)	X			R. Diener (Grüne)	X	
	N. Albl (SVP)		X		B. Dubochet (Grüne)	X	
	W. Badertscher (SVP)		X		D. Schraft (Grüne)	X	
	P. Fuchs (SVP)		X		M. Stauber (Grüne)	X	
	R. Isler (SVP)		X		D. Berger (AL)	X	
	H. Keller (SVP)		X		L. Banholzer (EVP)	X	
	R. Keller (SVP)		X		N. Gugger (EVP)	X	
	Ch. Kern (SVP)		X		B. Günthard Fitze (EVP)	X	
	W. Langhard (SVP)		X		Ch. Ingold (EVP)	X	
	J. Lisibach (SVP)		X		H. Iseli (EDU)		X
	St. Nyffeler (SVP)		X		F. Albanese (CVP)		X
	D. Oswald (SVP)		X		M. Baumberger (CVP)		X
	St. Schär (SVP)		X		U. Bründler-Krismer (CVP)	--	
	W. Steiner (SVP)		X		R. Harlacher (CVP)		X
	M. Stutz (SD)		X		W. Schurter (CVP)		X

Der Rat lehnt den Antrag der CVP mit 32 zu 26 Stimmen ab.

731000 Stadtbus Winterthur: keine Anträge

732000 FinöV Stadt: keine Anträge

745000 Forstbetrieb

H. Keller (SVP) Die BBK beantragt mit 4 zu 4 Stimmen eine einmalige Erhöhung von 50'000 Franken für den Ausbau der bisher sehr erfolgreichen und glaubwürdigen Umweltbildung im Forstbereich. Das Geld soll vor allem für Forstungänge, Waldbesuche, Weiterbildung von Kindern etc. eingesetzt werden.

Stadtrast M. Gfeller: Der Forstbetrieb lässt für das Vertrauen danken. Die Mitarbeitenden sind aber überzeugt, dass die vorgeschlagenen Massnahmen auch mit dem vom Stadtrat beantragten Budget umgesetzt werden können und die 50'000 Franken dazu nicht benötigt werden.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion stellt einen Ablehnungsantrag. Es sind 50'000 Franken, die einmalig gesprochen werden sollen. Das wirkt nicht nachhaltig. Auf diese Ausgaben kann verzichtet werden, ohne dass das Angebot geändert werden muss.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über den Antrag der BBK abstimmen für den Ausbau der Umweltbildung einmalig 50'000 Franken einzusetzen.

Der Rat lehnt den Antrag der BBK ab.

750000 Stadtgärtnerei: keine Anträge

810000 Stadtkanzlei: keine Anträge

860000 Ombuds- und Datenaufsichtsstelle: keine Anträge

Ratspräsidentin U. Bründler: Damit ist das Budget des Departements Technische Betriebe genehmigt.

Schlussabstimmung

D. Oswald (SVP): Die Budgetdebatte war sehr lehrreich. Es war die erste Bewährungsprobe für das Parlament, das für die nächsten 4 Jahre gewählt wurde. D. Oswald attestiert der SP einen guten Leitungsanspruch. Sie haben gezeigt, wer im Rat lenkt und wer gelenkt wird. Für alle sind die Positionen der einzelnen Parteien klar geworden. Für die zukünftige Entwicklung von Winterthur ist entscheidend wie viel Geld zur Verfügung steht und was damit gemacht wird. Das kann grundsätzlich auf zwei Arten gesteuert werden. 1. Man schafft gute Rahmenbedingungen für die Bevölkerung und die Unternehmungen. Das führt langfristig zu mehr Einnahmen auch für die Stadt. 2. Man kann die Gebühren erhöhen und die Steuern auf hohem Niveau behalten. Das gibt kurzfristig mehr Geld, aber langfristig wird die Attraktivität der Stadt gemindert und somit auch die Möglichkeiten mehr Steuern einzunehmen. Die EVP und die GLP/PP haben sich von den Linken vereinnahmen lassen. Offenbar wollen sie mithelfen bei der schleichenden Verstaatlichung. Anders kann sich D. Oswald die gestellten Anträge nicht erklären. Die Sparanträge, die zum Teil gestellt wurden, sind Pseudoanträge, die nicht einmal durchgesetzt werden können. Der Salzeinsatz hängt zum Beispiel vom Winterwetter ab. Zudem werden die Velofahrer und Fussgänger gefährdet. Auch der Antrag bei der Polizei drei neue Stellen zu schaffen, konnte von der SVP so nicht unterstützt werden. Die SVP hat sich der Stimme enthalten, weil die Schaffung von drei Stellen mit der Erhöhung des Globalkredits um 125'000 Franken nicht möglich ist. Dieser Antrag ist nicht ausgereift. Wenn man in der Kommission darüber diskutiert hätte oder sich an die Abmachungen gehalten hätte, die in der Kommission getroffen worden sind, hätte ein besseres Resultat erzielt werden können. Die finanzpolitische Realität wird die angesprochenen Parteien aber schneller auf den Boden der Realität zurückholen als ihnen lieb ist. Offenbar haben noch nicht alle aus den Fehlern von Griechenland, Irland und weiteren EU Staaten gelernt. Dafür werden die erwähnten Parteien die Verantwortung übernehmen müssen. Die SVP wird das Budget ablehnen.

U. Brügger (FDP): Die neu gebildete Koalition ist mit dem Anspruch angetreten, das Budget grüner und sozialer zu gestalten. Das ist in Details gelungen. Ob es vernünftiger geworden ist, das ist zu bezweifeln. Wenn man die Ausgabenseite genauer betrachtet, muss man feststellen, dass zum Teil Ausgaben bewilligt wurden, die nicht einmal der links/grüne Stadtrat gefordert hat. Das ist merkwürdig. Auch der Antrag in Bezug auf die Stellenerhöhung bei der Polizei befriedigt nicht. Es herrscht Konsens, dass Sicherheit ein wichtiges Thema ist. Jetzt hat man halbherzig 3 Stellen bewilligt, die nicht einmal finanziert sind. Das erscheint ebenfalls nicht vernünftig. Auf der Ausgabenseite hat man versucht etwas Geld herauszuholen. Einsparungen beim Strassenunterhalt sind vom Wetter abhängig und es ist fast grobfahrlässig, wenn man riskiert, dass Leute verunfallen. U. Brügger muss zur Kenntnis nehmen, dass die Grünliberale Partei doch eher grün als liberal ist. Heute hat sie sich dahin-gehen geoutet. Dass es der Fraktion dabei nicht ganz wohl ist, hat M. Zeuglin mit seinem Abstimmungsverhalten gezeigt, der sich am Ende der Stimme enthalten hat. Merkwürdig ist auch, dass ein Kommissionsentscheid, der mit 8 zu 1 Stimmen gefällt worden ist, im Rat umgestossen wurde. Am Ende ist das Budget ausgeglichen. Das ist aber nur möglich, indem Geld ausserhalb der Stadtverwaltung eingefordert wird von Bürgern und Gewerbetreibenden. Die Proportionen müssen aber insgesamt betrachtet werden. Das städtische Budget beläuft sich auf rund 1,1 Milliarden. Das Parlament hat viel über Details diskutiert. Insgesamt ist es ein

gutes Budget. Dazu steht die FDP. Die Fraktion wird das Budget nicht ablehnen. Der Rat hat aber die falschen Zeichen gesetzt, sowohl auf der Ausgabenseite wie auch auf der Einnahmenseite.

Y. Beutler (SP): Das Budget wurde um 25'000 Franken entlastet. 324'000 Franken fliessen zulasten der Reserven von Stadtwerk an die Stadtkasse. Das Parlament nimmt ein Budget ab von 1,145 Milliarden. Mit den beantragten Mehrausgaben für die Einstellung von Polizisten ist die Gegenseite nicht durchgekommen. Der Stellenplan wurde um 3 Stellen weniger belastet, als die SVP das gewünscht hat, das entspricht 0,096 %. Diese Änderungen sind der Anlass das Budget abzulehnen und das Risiko einzugehen, dass die Stadt ohne Budget dasteht. Staatstragend ist etwas anderes. U. Brügger wundert sich, dass das Parlament nicht einfach das Budget des Stadtrates abnimmt. Die Ratsmitglieder sitzen aber im Rat um Politik zu gestalten. Wenn es nur darum gehen würde, das Budget des Stadtrates abzuseggen, könnte der Gemeinderat zu Hause bleiben. Die SP will im Rahmen der Möglichkeiten Schwerpunkte setzen. Dass die Budgetdebatte für die andere Ratsseite diesmal frustrierend war, ist nachvollziehbar. Ein anderes Mal ist es wieder anders. Jetzt aber ein Säbelrasseln zu veranstalten und der SP die Schuld für im Winter verunfallte Leute in die Schuhe schieben zu wollen, geht zu weit. Der Strassenunterhalt beinhaltet zudem mehr als den Winterdienst. Die Stadt wird auch in Zukunft Salz einsetzen, auch wenn gespart werden muss.

M. Zeugin (GLP/PP): Das ist eine Bewährungsprobe nicht nur für diese Ratsdebatte sondern auch für die Kommissionsarbeit. Im Rahmen des Budgets wurden Kürzungsanträge von rund 1,2 Millionen gestellt. Fokus beinhaltet ein grosses Sparpotential. Mit dem Budget 2011 wird das zum ersten Mal umgesetzt. Die GLP/PP-Fraktion ist der Meinung, dass eine Zielsetzung notwendig ist. Leider ist die Fraktion in der Kommission mit den Anträgen gescheitert. Man kann nicht einfach Schwarz/Weiss malen. Die Fraktion hat versucht aufzuzeigen, wo im Bereich Kürzungen sinnvolle Massnahmen möglich sind. Es kann sich jeder selber fragen, ob er das mittragen will oder nicht. Die Fraktion hat weiter versucht inhaltliche Schwerpunkte zu setzen, die vor allem an den Legislatorschwerpunkten und den Legislaturzielen des Stadtrates orientieren. Das Budget ist ausgeglichen.

R. Harlacher (CVP): Die CVP-Fraktion ist erstaunt und konsterniert über den Verlauf dieser Budgetdebatte. Insbesondere die linke Allianz Grüne/AL, GLP/PP, EVP und SP hat überrascht. Insbesondere, weil sich die GLP verkauft hat und die EVP ebenfalls auf den Zug aufgesprungen ist. Die Gründe dafür sind schleierhaft. Die CVP-Fraktion stört nicht unbedingt diese Allianz. Die seriöse Vorarbeit, die in den Kommissionen geleistet wurde, hat Geld und Zeit gekostet. Sämtliche Entscheide wurden jetzt über den Haufen geworfen. Das ist erstaunlich. Die Schwerpunkte, die für die CVP wichtig sind, wurden nicht umgesetzt. Vor allem in Bezug auf die Sicherheit wurde eine Erhöhung des Budgets abgelehnt. Damit wurde auch der Wille des Bürgers missachtet. Das Budget wurde über höhere Abgaben aus den Reserven von Stadtwerk entlastet. Das ist keine gute Entscheidung. Deshalb kann die CVP dem Budget in dieser Form nicht zustimmen. Die Fraktion wird den Ablehnungsantrag unterstützen.

M. Stauber (Grüne/AL): Nachdem in der Stadt Winterthur sowohl die Bevölkerungszahlen wie auch die Zahl der Arbeitsplätze gestiegen sind und zwar überproportional im Vergleich mit dem Kanton Zürich und mit der Schweiz, ist Stadt auf dem richtigen Weg. Die Horror-szenarien, die D. Oswald skizziert hat, werden damit nicht eintreffen. Die Mehrheiten, wie sie im Stadtrat und im Gemeinderat herrschen, sind im besten Sinne nachhaltig.

N. Gugger (EVP): Das Fazit ist nicht ganz so ernüchternd. Trotzdem ist N. Gugger irritiert. Stadtrat M. Künzle hat der eigenen Partei erklärt, dass er am Antrag des Stadtrates festhält. Die CVP hat versucht, die 6 Stellen für das Polizeicorps mit der Streichung von 6 Stellen im Bereich Telekom zu kompensieren. Zudem wurde eine sehr lange Budgetdebatte geführt mit vielen Einzelanträgen. Die Fraktionspräsidien haben sich zusammengerauft, damit der Gemeinderat heute Abend an einen Punkt gelangen konnte, an dem für die Stadtkasse 234'000 Franken bewilligt wurden. Es ist nicht richtig, dass die eine Ratsseite der anderen

Vorhaltungen macht. Die SVP hat erst 750'000 Franken mehr für die Stadtpolizei beantragt. Danach hat sie die Forderungen auf 375'000 reduziert. Alle wissen, dass bei der Polizei Überzeiten ausbezahlt worden sind. Auch im neuen Budget sind Überstunden eingestellt worden. Deshalb hat die EVP erklärt, dass mit den 125'000 Franken, die bewilligt worden sind, 1 zusätzliche Stelle finanziert werden kann und dass der Rest aus den Überstunden finanziert werden kann. Deshalb ist der Unmut der SVP unverständlich, die letztlich gar keine neuen Stellen bewilligen wollte und sich der Stimme enthalten hat.

Y. Beutler (SP) bittet die Fraktionsmitglieder der CVP sich zu beruhigen. Die SP-Fraktion hat 6 Anträge gestellt. Das Budget wurde verbessert. Die CVP wollte 6 zusätzliche Stellen bewilligen. Bisher hat sie der SP stets vorgeworfen, dass sie mehr Stellen will und damit das Budget verschlechtert. Y. Beutler bittet die Ratsmitglieder, dem Budget zuzustimmen.

R. Isler (SVP): Dass die SP mit ihrem sozialistischen Gedankengut eine andere Weltanschauung vertritt als die SVP, ist bekannt. Das einzig stossende ist, dass sich die GLP von der Wirtschafts- und Gewerbepolitik verabschiedet hat. Die nächsten Kantonsratswahlen werden aber Verbesserungen bringen für die FDP. Die FDP-Wähler sind noch immer da.

Ch. Kern (SVP): N. Gugger war Mitmotionär bei der Budgetmotion für neue Stellen für die Stadtpolizei und hat einen erstaunlichen Salto gemacht. In der Kommission hat er den 6 Stellen und einer Erhöhung des Globalbudgets von 750'000 Franken zugestimmt. Irgendwann ist er beim Antrag für 3 Stellen und 125'000 Franken gelandet. Was ist daran seriös? Will N. Gugger einfach Trittbrettfahrer spielen? 3 Stellen sind mit 125'000 Franken nicht finanzierbar. Ch. Kern bittet N. Gugger sich in Zukunft an sein Wort zu halten. Das Verhalten, das er jetzt an den Tag gelegt hat, ist eines Politikers nicht würdig.

J. Altwegg (Grüne/AL): Wenn das Budget abgelehnt wird, schadet man vor allem den KMU. Die gebundenen Ausgaben werden sowieso getätigt. Wenn nicht gebundene Projekte nicht umgesetzt werden können, weil das Budget abgelehnt wurde, wird das vor allem die KMU treffen.

Stadträtin V. Gick: Nach der Rechnung von Stadträtin V. Gick ist das Budget um 75'000 Franken verschlechtert worden. Um soviel ist das Defizit vergrössert worden. Das ist aber ein Bereich, der aus Sicht der Finanzen noch keine grossen Sorgen bereitet. Deshalb können die Anträge 1, 2, 3, 5 und 7 des Voranschlags zur Abstimmung gebracht werden. Der 6. Antrag kann wegfallen. Der Stadtrat muss nicht auf die Erfahrungsstufe und die Leistungsstufe für das Personal verzichten. Zur Abstimmung gehört auch der 2. Antrag aus dem Novemberbrief. Damit wird der Stadtrat ermächtigt pauschal in der Produktegruppe Städtische Allgemeynkosten/Erlöse die Korrektur umzusetzen. Stadträtin V. Gick bittet die Ratsmitglieder dem Budget zuzustimmen, so wie es der Gemeinderat verändert hat.

Ratspräsidentin U. Bründler: Es ist nicht notwendig die Veränderungen im Budget genau auszurechnen. Die Meinungen darüber gehen auseinander. Sie lässt über den Antrag 1 abstimmen: Die Voranschläge über die Globalkredit und Leistungsziele der Produktegruppen der Stadt Winterthur in der Laufenden Rechnung für das Jahr 2011 werden mit den beantragten Änderungen genehmigt.

Der Rat stimmt dem Antrag mit grosser Mehrheit zu.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über den Antrag 2 abstimmen: Die Voranschläge über die Aufwendungen und Erträge der Stadt Winterthur in den Investitionsrechnungen des Verwaltungsvermögens und des Finanzvermögens für das Jahr 2011 werden genehmigt.

Der Rat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über den Antrag 3 abstimmen: Die ordentliche Gemeindesteuer wird auf 122 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt und zusammen mit der gesetzlichen Personalsteuer (Fr. 24.-- pro Person) in sieben Raten gleichzeitig mit der Staatssteuer bezogen.

Der Rat stimmt dem Antrag mit einer Gegenstimme zu.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über den Antrag 5 abstimmen: Der integrierte Aufgaben- und Finanzplan der Stadt Winterthur für die Jahre 2012 bis 2014 wird zur Kenntnis genommen.

Der Rat stimmt dem Antrag mit grosser Mehrheit zu.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über den Antrag 7 abstimmen: Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschal in der Produktgruppe „Städtische Allgemeynkosten/Erlöse“ eingestellten und vom Grossen Gemeinderat bewilligten Beträge für die Personalmassnahmen im definitiven Budget auf die Lohnkonti der einzelnen Produktgruppen zu verteilen.

Der Rat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über den 2. Antrag im Novemberbrief abstimmen: Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschal in der Produktgruppe „Städtische Allgemeynkosten/Erlöse“ eingestellte und vom Grossen Gemeinderat bewilligte Aufwandminderung zur Ausgleichung des Novemberbriefs im definitiven Budget auf die einzelnen Produktgruppen zu verteilen.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 2 Gegenstimmen zu.

Ratspräsidentin U. Bründler bedankt sich für das Ausharren und die konstruktive Sitzung. Nächsten Montag wird die Sitzung um 21.00 Uhr geschlossen.

Saldo: plus 2 Geschäfte

Bürgerrechtsgeschäfte

1. B09/091, Ceravolo Salvatore, geb. 1960 und Ehefrau Ceravolo geb. Larosa Maria Montagna, geb. 1962, italienische Staatsangehörige

D. Schneider (FDP): Die Bürgerrechtskommission beantragt mit 6 zu 1 Stimmen die Rückstellung um ein weiteres Jahr. Vor allem die sprachliche Integration des Ehepaares ist mangelhaft und auch die Wissensfragen konnten nicht ausreichend beantwortet werden.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um 1 weiteres Jahr.

2. B2009/102: Berisha geb. Kosumi Raza, geb. 1958, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Ch. Ingold (EVP/EDU): Frau Berisha soll um ein weiteres Jahr zurückgestellt werden weil sowohl die Kenntnisse der deutschen Sprache wie auch das Wissen nicht ausreichend waren.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) zu und beschliesst die Rückstellung um 1 weiteres Jahr.

3. B2009/116: Srithillainathan geb. Sinnakuddy Nalini, geb. 1969, srilankische Staatsangehörige

D. Schneider (FDP): Die Kommission beantragt mit Stichentscheid (3:3 Stimmen) die Rückstellung um ein weiteres Jahr. Grund für den Rückstellungsantrag sind mangelnde Kenntnisse der deutschen Sprache.

D. Berger (Grüne/AL) hat eine kleine Protestaktion geplant. Er will beantragen alle, die zurückgestellt werden sollen, sofort einzubürgern. Hintergrund dieser Aktion ist das allgemeine Klima das herrscht aber auch die Projekte von gewissen Parteien, die in Zukunft eine provisorische Einbürgerung wünschen oder die Einbürgerung an der Urne. D. Berger glaubt zwar nicht, dass sie mit all diesen Vorschlägen Erfolg haben werden, trotzdem stellt er bei umstrittenen Entscheiden einen Antrag auf Aufnahme. Auch als Zeichen gegen willkürliche Wertungen und mit dem eher ironischen Motto, dass noch eingebürgert werden soll, solange das noch möglich ist.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über den Antrag von D. Berger auf sofortige Aufnahme abstimmen.

Der Rat lehnt den Antrag ab. Er stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um 1 weiteres Jahr.

4. B2009/149: Sulejmani geb. Mani Rufadije, geb. 1962, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

S. Gyax (GLP/PP) stellt den Antrag Frau Sulejmani um ein weiteres Jahr zurückzustellen aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse.

D. Berger (GLP/PP) stellt den Antrag auf sofortige Aufnahme.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über den Antrag von D. Berger auf sofortige Aufnahme abstimmen.

Der Rat lehnt den Antrag ab. Er stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (4:3 Stimmen) zu und beschliesst die Rückstellung um 1 weiteres Jahr.

5. B2009/164: Fazliu Florim, geb. 1982, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

6. B2009/199: Fazliji Menduri, geb. 1969, mazedonischer Staatsangehöriger

R. Diener (Grüne/AL): Die Bürgerrechtskommission beantragt mit 6 zu 1 Stimmen die Rückstellung um ein weiteres halbes Jahr, weil die Kenntnisse über die Schweiz mangelhaft waren. Er hat gegenüber der ersten Befragung keine Fortschritte gezeigt.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um ein weiteres halbes Jahr.

7. B2010/057: Kastrati Avni, geb. 1963, kosovarischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

8. B2010/061: Misimi Rasim, geb. 1959 und Ehefrau Misimi geb. Shali Alime, geb. 1958, kosovarische Staatsangehörige

R. Diener (Grüne/AL): Die Bürgerrechtskommission beantragt die Teilung des Gesuchs. Die Integrationsleistungen der Eheleute waren sehr unterschiedlich. Herr Mimisi hatte weder in sprachlicher Hinsicht noch in Bezug auf das Wissen Probleme. Die Bürgerrechtskommission stellt den Antrag (7:0 Stimmen) Herrn Mimisi Rasim, geb. 1959 sofort ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur aufzunehmen.

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

R. Diener (Grüne/AL): Die sprachlichen Kenntnisse von Frau Mimisi waren sehr schwach. Sie konnte die Fragen kaum beantworten. Die Bürgerrechtskommission stellt den Antrag (7:0 Stimmen) Frau Mimisi geb. Shali Alime, geb. 1958 um 1 Jahr zurückzustellen.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um 1 Jahr.

M. Baumberger (CVP): Die CVP-Fraktion stellt drei Anträge. **Punkt 14:** Frau Ghebre Netzehti, geb. 1969 ist arbeitslos seit Januar 2010. Das ist keine optimale Voraussetzung um eingebürgert zu werden. Die CVP-Fraktion stellt den Antrag, das Gesuch abzulehnen.

Punkt 19: Herr Zahid Rehmat Ullah, geb. 1966 und Ehefrau Zahid geb. Anwar Shabana, geb. 1971 haben während 5 Jahren Sozialhilfe bezogen. Die Gesuchstellenden sind sprachlich einigermaßen assimiliert. Sie sprechen und verstehen einigermaßen Hochdeutsch. Das ist aber nicht genügend. Auch hier stellt die CVP-Fraktion einen Ablehnungsantrag.

Punkt 36: Zur wirtschaftlichen Selbsterhaltungsfähigkeit von Herrn Haliti Shemsedin, geb. 1975 ist folgendes zu bemerken: In Berücksichtigung der Einkommensverhältnisse kann davon ausgegangen werden, dass sich der Gesuchsteller selber zu erhalten vermag, solange seine Familie weiterhin im Kosovo lebt. Sollte die Familie aber, wie beabsichtigt, in die Schweiz nachziehen, wäre die Selbsterhaltungsfähigkeit der sechsköpfigen Familie fraglich. Die städtischen Richtlinien zur wirtschaftlichen Erhaltungsfähigkeit würde der Gesuchsteller dann nicht mehr erfüllen. Hier liegt ein Problem vor, deshalb stellt die CVP-Fraktion einen Ablehnungsantrag.

9. B2010/063: Somasundaram Kandeepan, geb. 1970, mit Kindern Kandeepan Vithun, geb. 2003 und Kandeepan Viman, geb. 2005, srilankische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

10. B2010/064: Xhelili Refet, geb. 1984 mit Kind Rinor, geb. 2010, mazedonische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

11. B2010/067: Kebede Yilma, geb. 1968 und Ehefrau Beyene geb. Beyene Woinshet, geb. 1973, mit Kindern Kebede Methuselah Yilma, geb. 2002, Kebede Deborah Yilma, geb. 2006 und Kebede Noah Yilma, geb. 2009, äthiopische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

12. B2010/069: Milosavljevic Sladjana, geb. 1977, mit Kindern Krajnjanac Vesna, geb. 1994, Krajnjanac Jovica, geb. 1996 und Milosavljevic Dominik Dyar, geb. 2009, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

13. B2010/070: Osmani Arsim, geb. 1979, mit Kindern Denis, geb. 2001 und Ardian, geb. 2005, mazedonische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

14. B2010/072: Ghebre Netzehti, geb. 1969, eritreische Staatsangehörige

M. Meyer (SP): Die Bürgerrechtskommission empfiehlt mit 6 zu 0 Stimmen die Aufnahme von Frau Ghebre ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur. Ihre sprachlichen Kenntnisse und das Wissen über die Schweiz waren einwandfrei. Sie konnte nahezu jede Frage beantworten. Die Befragung konnte auf Schweizerdeutsch durchgeführt werden. Frau Ghebre wird noch ein halbes Jahr lang Arbeitslosengelder beziehen können. Das bedeutet, dass sie eingebürgert werden kann. Zudem arbeitet sie weiterhin als Dolmetscherin.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über den Ablehnungsantrag der CVP-Fraktion abstimmen.

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

15. B2010/073: Grabka Johanna, geb. 1981, deutsche Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

16. B2010/074: Petkovic Aleksandar, geb. 1974, bosnisch-herzegowinischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

17. B2010/075: Polat Ismail, geb. 1969 und Ehefrau Polat geb. Polat Sengül, geb. 1976, mit Kindern Cem, geb. 2005 und Cemre, geb. 2008, türkische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

18. B2010/076: Sanchez José Luis, geb. 1958 und Ehefrau Sanchez geb. Copo Maria del Carmen, geb. 1959, spanische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

19. B2010/077: Zahid Rehmat Ullah, geb. 1966 und Ehefrau Zahid geb. Anwar Shabana, geb. 1971, mit Kind Sakhi Ullah, geb. 2002, pakistanische Staatsangehörige

S. Gygax (GLP/PP): In der Bürgerrechtskommission wurde mit Herrn und Frau Zahid das Gespräch geführt. Die Deutschkenntnisse waren genügend gut. Die Bürgerrechtskommission stellt mit 6 zu 0 Stimmen den Antrag auf Aufnahme ins Winterthurer Bürgerrecht.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über den Ablehnungsantrag der CVP-Fraktion abstimmen.

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

20. B2010/079: Al-Ameri Wamidh, geb. 1977, irakischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

21. B2010/080: Demyashkin Dmitry, geb. 1982, russischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

22. B2010/081: Fazliji geb. Mehmedi Merita, geb. 1982 und Ehemann Fazliji Emrli, geb. 1980, mit Kindern Hisa, geb. 2006 und Erisa, geb. 2009, mazedonische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

23. B2010/082: Jasiqi Gëzim, geb. 1980, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger und Ehefrau Jasiqi geb. Pangjaj Belkize, geb. 1985, mit Kind Be-tim, geb. 2007, kosovarische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

24. B2010/083: Marijanovic Adrijana, geb. 1981, kroatische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

25. B2010/084: Nardi Nino Vito Nicola, geb. 1959, italienischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

26. B2010/086: Pavlovic Goran, geb. 1965 und Ehefrau Pavlovic geb. Redzepagic Nermina, geb. 1963, mit Kind Nela, geb. 2000, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

27. B2010/087: Sevil Murat, geb. 1974, mit Kind Ayse Naz, geb. 2009, türkische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

28. B2010/088: Simic geb. Arsic Biserka, geb. 1974 und Ehemann Simic Zoran, geb. 1965, mit Kindern Jovan, geb. 1997 und Jovana, geb. 2002, serbische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:1 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

29. B2010/089: Yorulmaz Ahmet, geb. 1970, türkischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

30. B2010/090: Lehmann geb. Bartels Christian, geb. 1972, deutscher Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

31. B2010/091: Cabdulle Cabdi Axmed, geb. 1954 und Ehefrau Cabdulle Faa-duma, geb. 1966, mit Kindern Suad, geb. 2001 und Omar, geb. 2006, somalische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

32. B2010/092: Gelle Hamdi, geb. 1986, somalische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

33. B2010/093: Radic Vojin, geb. 1954, bosnisch-herzegowinischer Staatsangehöriger und Ehefrau Radic geb. Bijelic Mirjana, geb. 1967, kroatische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

34. B2010/099: Sejdiji geb. Beljulovic Safete, geb. 1969, mit Kindern Mimoza, geb. 2000 und Fatlind, geb. 2002, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

35. B2010/108: Trolli geb. Fangu Zyrafete, geb. 1974, kosovarische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

36. B2010/109: Haliti Shemsedin, geb. 1975, kosovarischer Staatsangehöriger

R. Diener (Grüne/AL): Herrn Haliti wird vorgeworfen, dass die wirtschaftliche Selbsterhaltungsfähigkeit unter Umständen nicht gewährleistet sei. Diesen Aspekt wurde in der Bürgerrechtskommission genau abgeklärt. Der Gesuchsteller erfüllt alle Anforderungen in Bezug auf die Integration, die Sprache und die Kenntnisse. Was die Selbsterhaltungsfähigkeit anbelangt, geht es ausschliesslich um die Möglichkeit in Bezug auf den Nachzug der Familie. Herr Haliti selbst erfüllt die Anforderungen. Der Lohn genügt, um ihn zu erhalten. Der Nachzug der Familie ist in den nächsten Monaten nicht geplant. Das heisst aufgrund dieser Möglichkeit kann kein Urteil gefällt werden.

M. Baumberger (CVP): In den Unterlagen steht, dass der Nachzug der Familie beabsichtigt ist. Wenn das hier steht, ist es seltsam, wenn R. Diener erklärt, dass der Familiennachzug nicht geplant ist. M. Baumberger möchte wissen, ob Herr Haliti die Familie in die Schweiz holen will oder nicht. Wenn die Familie nicht in die Schweiz kommen soll, dann zieht die CVP-Fraktion den Antrag zurück.

M. Meyer (SP): Der Gesuchsteller hat erklärt, dass er nicht sagen kann, in welchem Zeitraum er beabsichtigt seine Familie in die Schweiz zu bringen. Aber die Absicht besteht und er hat auch ein Recht auf Familiennachzug. Herr Haliti hat zudem Vorabklärungen getroffen. Er arbeitet im Moment im Stundenlohn. Er kann aber ab sofort eine Fixanstellung erhalten. Mit der Kinderzulage würde das Einkommen für die Familie ausreichen. Deshalb besteht auch bei einem allfälligen Familiennachzug nicht die Gefahr, dass die wirtschaftliche Erhaltungsfähigkeit verloren geht.

H. Iseli (EVP/EDU) hat mit dieser Diskussion Mühe. Der Rat muss das Gesuch beurteilen und die Voraussetzungen berücksichtigen, die jetzt gegeben sind. Das Urteil kann nicht aufgrund der Voraussage gefällt werden, wie die Situation in 6 Monaten sein könnte. Aufgrund der aktuellen Tatsachen darf das Parlament das Gesuch nicht ablehnen. Es besteht kein Grund dazu. Herr Haliti erfüllt die Bedingungen für eine Einbürgerung und kann sich selber erhalten. Wenn er die Familie in die Schweiz holen würde, solange sein Einbürgerungsantrag in Abklärung ist, dann würde er die Voraussetzungen nicht mehr erfüllen. Aber im Moment erfüllt er die gesetzlichen Voraussetzungen. Auch als rechtsbürgerlicher Politiker muss H. Iseli feststellen, dass eine Ablehnung nicht möglich ist.

R. Isler (SVP) muss M. Baumberger Recht geben. Der Stadtrat schreibt, dass Herr Haliti die Familie in die Schweiz holen will und dass dann die wirtschaftliche Selbsterhaltung nicht mehr gegeben ist. Das steht schwarz auf weiss. Übermorgen wird die Familie in der Schweiz sein und das Sozialamt muss den Unterhalt der Familie gewährleisten. Es kommt jetzt auf den politischen Willen an. Sollen Sozialhilfeempfänger in die Schweiz importiert werden?

R. Diener (Grüne/AL): Es handelt sich um ein Papier, das letzten Sommer entstanden ist. Inzwischen wurden in der Kommission Interviews geführt. Die vorliegenden Papiere sind im letzten Sommer entstanden. Wenn darin steht, dass Herr Haliti die Absicht hat, die Familie in die Schweiz zu holen, heisst das nicht, dass das auch umgesetzt wird. Das Parlament kann zudem ausschliesslich aufgrund der aktuellen Situation entscheiden. Absichtserklärungen können nicht berücksichtigt werden. Die Abklärungen wurden erst kürzlich gemacht. Es gibt kein Anzeichen dafür, dass der Gesuchsteller die Familie innerhalb dieses Verfahrens in die Schweiz holen will. Das heisst, der Entscheid muss aufgrund der heutigen Situation gefällt werden. Deshalb lautet der Antrag auf Aufnahme ins Winterthurer Bürgerrecht.

M. Meyer (SP): Der Gesuchsteller hat die Situation abgeklärt. Er hat die Möglichkeit die Anstellung zu ändern. Er hat über die aktuelle Situation hinaus gedacht und ist wirtschaftlich genügend abgesichert, um die Familie nachziehen zu können. Es ist anmassend Herrn Haliti zu unterstellen, dass er die Absicht hat Sozialhilfeempfänger zu importieren. Wenn man eine Ablehnung so begründet, müsste man von jetzt an alle Personen im mittleren Alter fragen, ob sie die Absicht haben Kinder zu bekommen, weil dann in gewissen Fällen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht mehr gegeben ist. Das führt zu einer absurden Situation.

H. Iseli (EVP/EDU) bittet Ratsscheiber M. Bernhard um einen Kommentar.

M. Bernhard, Stadtschreiber: Es geht um die wirtschaftliche Selbsterhaltungsfähigkeit. Diese ist im Paragraphen 5 der kantonalen Bürgerrechtsverordnung festgelegt. Darin ist festgehalten, wann diese Fähigkeit gegeben ist, wann jemand selber für seine Lebenskosten und die Unterhaltsverpflichtungen aufkommen kann. Es handelt sich um eine Momentaufnahme. Es ist sicher gestattet auch in die Zukunft zu schauen, wenn absehbar ist, dass sich

in nächster Zeit etwas ändern wird. M. Bernhard kann sich an den vorliegenden Fall erinnern, weil er speziell abgeklärt worden ist. Es sind keine Anhaltspunkte vorhanden, dass die Familie in nächster Zeit nachziehen wird. Es ist deshalb nicht statthaft, das Einbürgerungsgesuch abzulehnen, obwohl aktuell die Voraussetzungen für eine Aufnahme klar erfüllt sind. Das ist die rechtliche Ausgangslage. M. Bernhard bittet die Ratsmitglieder aufgrund dieser Tatsachen zu entscheiden.

M. Baumberger (CVP) wehrt sich gegen die Anschuldigungen von M. Meyer. Er hat nur gelesen, was in den Unterlagen steht.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über den Antrag der CVP abstimmen.

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

**37. B2010/110: Abdullahi Muhamed, geb. 1953 und Ehefrau Abdullahi geb. Qu-
ka Salihe, geb. 1955, kosovarische Staatsangehörige, mit Kindern Mevlude,
geb. 1991 und Liridon, geb. 1995, serbisch-montenegrinische Staatsange-
hörige**

Noch nicht behandlungsreif

**38. B2010/111: Ahmeti geb. Hykasmoni Valentina, geb. 1982 und Ehemann Ah-
meti Skender, geb. 1980, mit Kindern Atdhe, geb. 2006 und Arianit, geb.
2008, kosovarische Staatsangehörige**

R. Diener (Grüne/AL): Die sprachlichen Fähigkeiten von Frau Ahmeti sind mangelhaft. Es gab keine Möglichkeiten das Gesuch des Ehepaares zu trennen. Deshalb beantragt die Bürgerrechtskommission die Rückstellung um ein Jahr.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) zu und beschliesst die Rückstellung um 1 Jahr.

**39. B2010/113: Alexandar Ruban, geb. 1979, mit Kind Florian, geb. 2010, sri-
lankische Staatsangehörige**

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

40. B2010/116: Akef Shahin, geb. 1995, iranischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

41. B2010/118: Bajrami Senad, geb. 1995, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

42. B2010/132: Wolf Kay Jan, geb. 1996, deutscher Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

43. B2010/141: Kadir Dler, geb. 1968, irakischer Staatsangehöriger

R. Diener (Grüne/AL): Der Stadtrat hat beantragt das Gesuch von Herrn Kadir abzulehnen. Die Kommissionsmitglieder haben intensiv darüber diskutiert. Der Fall ist sehr klar, weil Herr Kadir seit längerer Zeit Sozialhilfe bezieht. Damit ist die Selbsterhaltungsfähigkeit nicht gegeben. Deshalb kann Herr Kadir nicht eingebürgert werden. Die Bürgerrechtskommission beantragt ebenfalls die Ablehnung des Gesuchs.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) zu und beschliesst die Ablehnung des Gesuchs.

44. B2010/155: Saanishvili Ana, geb. 1997, georgische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

Ratspräsidentin U. Bründler gratuliert den Aufgenommenen herzlich und wünscht ihnen weiterhin alles Gute auf dem Weg zum Schweizer Pass.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Die 1. Vizepräsidentin:

Der 2. Vizepräsident:

U. Bründler-Krismer (CVP)

D. Schraft (Grüne)

J. Lisibach (SVP)